

Dies ist die HTML-Version der Datei <http://www.bmols.gv.at/it-koo/sicherheit/shhb1.pdf>.
Google erzeugt beim Web-Durchgang automatische HTML-Versionen von Dokumenten.

Google steht zu den Verfassern dieser Seite in keiner Beziehung.

IT-Sicherheitshandbuch

für die öffentliche

Verwaltung

Teil 1: IT-Sicherheitsmanagement

B u n d e s m i n i s t e r i u m f ü r ö f f e n t l i c h e L e i s

IT-Sicherheitshandbuch

für die öffentliche Verwaltung

Teil 1:
IT-Sicherheitsmanagement

Version 1.0
Oktober 1998

Page 3

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Vorwort

Vorwort

In den letzten Jahren gab es im Bereich der Informationstechnologie (IT) gerade in der öffentlichen Verwaltung einen bemerkenswerten Innovationsschub. Neue kostengünstige

Technologien und sinkende Hardwarekosten haben diesen Trend begünstigt. Gerade dieser Boom in der IT birgt aber die Gefahr, durch Konzentration auf den massiven Ausbau die notwendigen Begleitmaßnahmen wie zum Beispiel im Bereich von Datensicherheit und Datenschutz zu vernachlässigen.

Es haben sich daher auf Initiative und mit finanzieller Unterstützung des BM für Inneres Ressorts mit traditionellem Sicherheitsbedarf im Rahmen einer Arbeitsgruppe der ADV-Koordination im BKA zum Ziel gesetzt, ein IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung zu entwickeln. Dieses Handbuch sollte den Ressorts ermöglichen, eine eigenständige, jedoch mit anderen Organisationseinheiten kompatible IT-Sicherheitspolitik erstellen. Weiters sollte damit eine einheitliche Sprachregelung im Bereich der IT-Sicherheit erreicht werden.

Der vorliegende erste Teil beinhaltet konkrete Anleitungen zur Etablierung eines umfassenden und kontinuierlichen IT-Sicherheitsprozesses innerhalb einer Organisation. In einem zweiten, derzeit in Planung befindlichen Teil werden dann die organisatorischen, personellen, infrastrukturellen und technischen Sicherheitsmaßnahmen für IT-Systeme mit einem mittleren Schutzbedarf beschrieben werden.

Beide Teile basieren z.T. auf dem Grundschriftbuch des deutschen Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), für dessen Zustimmung zur Nutzung gedankt werden darf.

Die nachstehend in alphabetischer Reihenfolge angeführten Teilnehmer der Arbeitsgruppe hoffen, mit dem vorliegenden ersten Teil des Sicherheitshandbuches auf die Notwendigkeit Errichtung eines IT-Sicherheitsmanagements hinreichend aufmerksam machen zu können, wünschen viel Erfolg bei einer allfälligen Implementierung und stehen für nähere Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung:

Busch Eduard	BM für Inneres	eduard.busch@bmi.gv.at
DI Garaus Theodor	Bundeskanzleramt	theodor.garaus@bka.gv.at
Herzog Gerhard	BM für Landesverteidigung	gerhard.herzog@bmlv.gv.at
Heydebreck Helmar	Bundeskanzleramt	helmar.heydebreck@bka.gv.at
Kelsch Peter	BM für Inneres	peter.kelsch@bmi.gv.at
Ing. Ledinger Roland	Bundeskanzleramt	roland.ledinger@bka.gv.at
Ing. Pleskac Johannes	BM für Finanzen	johann.pleskac@bmf.gv.at
Dr. Schaumüller-Bichl Ingrid	externe Konsulentin	ingrid.schaumueller@telecom.at

Inhalt

VORWORT

1	IT-SICHERHEITSMANAGEMENT IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG	6
1.1	Ziele und Aufgaben des IT-Sicherheitsmanagements	6
1.2	Zielsetzungen des Handbuches	7
1.3	Struktur des Handbuches	7

1.3	IT-Sicherheitsmanagement als kontinuierlicher Prozess	8
2	ENTWICKLUNG EINER ORGANISATIONSWEITEN IT-SICHERHEITSPOLITIK	12
2.1	Erstellung von IT-Sicherheitspolitiken	12
2.2	Die Inhalte der IT-Sicherheitspolitik	13
2.2.1	Grundsätzliche Ziele und Strategien	13
2.2.2	Organisation und Verantwortlichkeiten für IT-Sicherheit	14
2.2.3	Risikoanalysestrategien, akzeptables Restrisiko und Risikoakzeptanz	14
2.2.4	Klassifikation von Daten	20
2.2.5	Organisationsweite Richtlinien zu Sicherheitsmaßnahmen	22
2.2.6	Disaster Recovery Planung	25
2.2.7	Nachfolgeaktivitäten zur Überprüfung und Aufrechterhaltung der Sicherheit	27
2.3	Life Cycle der IT-Sicherheitspolitik	28
2.3.1	Erstellung	28
2.3.2	Offizielle Inkraftsetzung	29
2.3.3	Regelmäßige Überarbeitung	29
3	RISIKOANALYSE	
3.1	Risikoanalysestrategien	30
3.2	Detaillierte Risikoanalyse	31
3.2.1	Abgrenzung des Analysebereiches	34
3.2.2	Identifikation der bedrohten Objekte (Werte, assets)	34
3.2.3	Wertanalyse	35
3.2.4	Bedrohungsanalyse	37
3.2.5	Schwachstellenanalyse	40
3.2.6	Identifikation bestehender Sicherheitsmaßnahmen	41
3.2.7	Risikobewertung	41
3.2.8	Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse	42

3.3	Grundschutzansatz	43
3.3.1	Die Idee des IT-Grundschatzes	43
3.3.2	Grundschutzanalyse und Auswahl von Maßnahmen	44
3.4	Kombinierter Ansatz	48
3.4.1	Festlegung von Schutzbedarfskategorien	50
3.4.2	Schutzbedarfsfeststellung	51
3.4.3	Durchführung von Grundschutzanalysen	53
3.4.4	Durchführung von detaillierten Risikoanalysen	55
3.5	Akzeptables Restrisiko	56
3.6	Akzeptanz von außergewöhnlichen Restrisiken	56
4	ERSTELLUNG VON IT- SICHERHEITSKONZEPTEN	
4.1	Auswahl von Maßnahmen	57
4.1.1	Klassifikation von Sicherheitsmaßnahmen	58
4.1.2	Ausgangsbasis für die Auswahl von Maßnahmen	59
4.1.3	Auswahl von Maßnahmen auf Basis einer detaillierten Risikoanalyse	60
4.1.4	Auswahl von Maßnahmen im Falle eines Grundschutzansatzes	61
4.1.5	Auswahl von Maßnahmen im Falle eines kombinierten Risikoanalyseansatzes	61
4.1.6	Bewertung von Maßnahmen	61
4.1.7	Rahmenbedingungen	62
4.2	Risikoakzeptanz	63
4.3	IT-Systemsicherheitspolitiken	64

4.3.1 Aufgaben und Ziele	64
4.3.2 Inhalte	65
4.3.3 Fortschreibung der IT-Systemsicherheitspolitik	65
4.3.4 Verantwortlichkeiten	65
4.4 IT-Sicherheitsplan	66
4.5 Fortschreibung des IT-Sicherheitskonzeptes	67
5 UMSETZUNG DES IT-S ICHERHEITSPLANES	
5.1 Implementierung von Maßnahmen	68
5.2 Sensibilisierung	70
5.3 Schulung	72
5.4 Akkreditierung	73
6 IT-SICHERHEIT IM L AUFENDEN BETRIEB	
6.1 Aufrechterhaltung des erreichten Sicherheitsniveaus	74
6.1.1 Wartung und administrativer Support von Sicherheitseinrichtungen	75
6.1.2 Überprüfung von Maßnahmen auf Übereinstimmung mit der IT-Sicherheitspol: (Security Compliance Checking)	76

6.1.3 Fortlaufende Überwachung der IT-Systeme (Monitoring)	76
6.2 Change Management	78
6.3 Reaktion auf sicherheitsrelevante Ereignisse (Incident Handling)	78
7 ANHANG	
7.1 Literatur	80
7.2 Glossar	81
7.3 Index	85

1 IT-Sicherheitsmanagement in der öffentlichen Verwaltung

Die Sicherheit und Verlässlichkeit von Systemen der Informationstechnik (IT-Systemen) ist von entscheidender Bedeutung für eine Vielzahl von Organisationen und letztlich für die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die Erkenntnis, dass weite Bereiche des täglichen Lebens ohne den Einsatz von informationstechnischen Systemen heute nicht mehr funktionsfähig sind, rückt die Frage nach der Sicherheit der Informationstechnologie zunehmend in den Brennpunkt des Interesses. Gerade im Bereich der öffentlichen Verwaltung bestehen besonders hohe Anforderungen an die Vertrauenswürdigkeit und Sicherheit von IT-Systemen.

In den vergangenen Jahren wurde auch zunehmend deutlich, dass sich Sicherheit nicht auf einzelne Teilaspekte, wie die Verschlüsselung vertraulicher Daten oder die Installation von Firewall-Rechnern beschränken kann, sondern integraler Bestandteil eines modernen IT-Konzeptes sein muss. Methodisches Sicherheitsmanagement ist zur Gewährleistung umfassender und angemessener IT-Sicherheit unerlässlich.

1.1 Ziele und Aufgaben des IT- Sicherheitsmanagements

IT-Sicherheitsmanagement ist ein kontinuierlicher Prozess, der die Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit, Zurechenbarkeit, Authentizität und Zuverlässigkeit von Systemen der Informationstechnik (IT-Systemen) innerhalb einer Organisation gewährleisten soll.

Zu den Aufgaben des IT-Sicherheitsmanagements gehören:

- ü Festlegung der IT-Sicherheitsziele, -strategien und -politiken der Organisation,
- ü Festlegung der IT-Sicherheitsanforderungen,
- ü Ermittlung und Analyse von Bedrohungen und Risiken,
- ü Festlegung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen,
- ü Überwachung der Implementierung und des laufenden Betriebes der ausgewählten Maßnahmen,
- ü Förderung des Sicherheitsbewusstseins innerhalb der Organisation sowie
- ü Entdecken von und Reaktion auf sicherheitsrelevante Ereignisse.

IT-Sicherheit ist immer eine Management-Aufgabe. Nur wenn die Leitung einer Organisation voll hinter den IT-Sicherheitszielen und den damit verbundenen Aktivitäten steht, kann die Aufgabe erfolgreich wahrgenommen werden.

*IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Kapitel 1: IT-Sicherheitsmanagement in der öffentlichen Verwaltung*

1.2 Zielsetzungen des Handbuchs

Das vorliegende IT-Sicherheitshandbuch wurde für die Anwendung in der öffentlichen Verwaltung erstellt und ist auf die spezifischen Anforderungen in diesem Bereich abgestimmt. Aufgrund des generellen Ansatzes kann es aber auch durchaus für Anwender außerhalb dieses Bereiches von Nutzen sein.

Die Anwendung dieses Handbuchs soll es den einzelnen Ressorts ermöglichen, die im Bereich relevanten IT-Sicherheitsziele und -strategien zu ermitteln, eine eigene IT-Sicherheitspolitik mit den anderen Ressorts kompatible IT-Sicherheitspolitik zu erstellen, geeignete und angemessene Sicherheitsmaßnahmen auszuwählen und zu realisieren sowie IT-Sicherheit im laufenden Betrieb zu gewährleisten. Darüber hinaus soll das Handbuch dazu beitragen, innerhalb der österreichischen Behörden eine einheitliche Vorgehensweise und Standards im Bereich der IT-Sicherheit zu entwickeln, wobei aber größtmögliche Flexibilität bei der Umsetzung der unterschiedlichen Sicherheitsanforderungen der einzelnen Ressorts gewahrt bleiben soll.

Ziel ist es, IT-Sicherheit zu einem integralen Bestandteil der Entwicklung und des Betriebes von IT-Systemen in der öffentlichen Verwaltung zu machen.

Einige generelle Anmerkungen:

- * Das vorliegende Handbuch konzentriert sich auf den Bereich "Sicherheit von Informationstechnik" (kurz "IT-Sicherheit"). Dies umfasst Hardware, Software, aber auch organisatorische, bauliche und personelle Fragen, soweit sie in direktem Zusammenhang mit der Sicherheit von IT-Systemen stehen. Abzugrenzen davon ist das Gebiet der "Informationssicherheit", das sich mit der Sicherheit von Information generell, also etwa auch in schriftlicher Form, auf Mikrofilm, auf gesprochener Form, befasst. Dies ist nicht Gegenstand dieses Handbuchs.
- * Das IT-Sicherheitshandbuch versteht sich als Sammlung von Leitlinien und Empfehlungen, die entsprechend den spezifischen Anforderungen und Bedürfnissen der anwendenden Organisationseinheit angepasst werden sollten. Es stellt eine Ergänzung zu bestehenden Regelungen und Vorschriften (Datenschutzgesetz, Verschlusssachenvorschriften, Geheimnis, ...) dar und soll diese nicht außer Kraft setzen oder zu ihnen im Widerspruch stehen.
- * Das IT-Sicherheitshandbuch besteht aus zwei Teilen. Teil 1 "IT-Sicherheitsmanagement" liegt nun vor. Er beinhaltet konkrete Anleitungen zur Etablierung eines umfassenden und kontinuierlichen IT-Sicherheitsprozesses in der Organisation.

Teil 2 "Baseline Security" ist derzeit in Planung. Er beinhaltet die Beschreibung organisatorischer, personeller, infrastruktureller und technischer Standardsicherheitsmaßnahmen. Ziel ist die Gewährleistung eines angemessenen und ausreichenden Sicherheitsniveaus für IT-Systeme mit mittlerem Schutzbedarf.

- * Seit einigen Jahren werden auf nationaler und internationaler Ebene verstärkt Anstrengungen unternommen, einheitliche methodische Vorgehensweisen zur Etablierung von IT-Sicherheit zu erarbeiten. Die österreichische öffentliche Verwaltung unterstützt diese Bestrebungen und versucht, im vorliegenden Handbuch diesen internationalen Entwicklungen so weit wie möglich Rechnung zu tragen. Das Handbuch geht aus von den Konzepten, die im Technical Report "Guidelines for the Management of IT Security (GMITS)" der ISO/IEC vorgestellt werden, den im "IT-Grundschutzhandbuch" und "IT-Sicherheitshandbuch" des Bundesamtes für Informationstechnik (BSI) in Bonn gewählten Ansätzen, sowie einigen weiteren, im Literaturverzeichnis angeführten Arbeiten, wurde jedoch an die spezifischen Anforderungen für den definierten Anwendungsbereich adaptiert. Der besseren Lesbarkeit halber wird im Text des Handbuches i. a. auf direkte Verweise sowie die Beschreibung von Unterschieden verzichtet, der interessierte Leser sei hier Originalliteratur verwiesen.
- * Auch die Konzepte und Methoden des IT-Sicherheitsmanagements sind einer ständigen Änderung und Weiterentwicklung unterworfen. Es ist daher notwendig, das vorliegende Handbuch kontinuierlich weiterzuentwickeln und neuen Erfordernissen anzupassen. Von besonderer Bedeutung ist dabei ein Feedback über die Erfahrungen mit der Anwendung des Handbuches in der Praxis. Alle Anwender des Handbuches werden daher eingeladen, diesbezügliche Anregungen und Erfahrungen den Verfassern mitzuteilen.

1.3 IT-Sicherheitsmanagement als kontinuierlicher Prozess

Risiken sind in unserer Welt allgegenwärtig. Man kann ihnen nicht völlig aus dem Weg gehen, man muss vielmehr lernen, sie zu erkennen und bestmöglich zu beherrschen. Diese methodische Bewältigung von Risiken ist Gegenstand des Risikomanagements.

IT-Sicherheitsmanagement stellt jenen Teil des allgemeinen Risikomanagements dar, der die Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit, Zurechenbarkeit, Authentizität und Zuverlässigkeit von Systemen der Informationstechnik gewährleisten soll. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess, dessen Strategien und Konzepte ständig auf ihre Leistungsfähigkeit und Wirksamkeit zu überprüfen und bei Bedarf fortzuschreiben sind.

Die nachfolgende Graphik zeigt - in Anlehnung an das Konzept in [ISO/IEC 13335], aber für die aktuellen Anforderungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung adaptiert - die wichtigsten Aktivitäten im Rahmen des IT-Sicherheitsmanagements und die eventuell erforderlichen Rückkopplungen zwischen den einzelnen Stufen.

Anmerkung:

Der dargestellte Prozess kann sowohl auf eine gesamte Organisation als auch auf

Der vorgeschriebene Prozess kann sowohl auf einer gesamten Organisation als auch auf Anwendungsebene finden. Generell sollte der Prozess zumindest auf Ressortebene durchgeführt werden, über die Anwendung auf Ebene einzelner Behörden, Abteilungen oder anderer dann im spezifischen Zusammenhang - abhängig vom IT-Konzept und den bestehenden Sicherheitsanforderungen - zu entscheiden.

Im Folgenden wird, wenn nicht ausdrücklich anders angeführt, allgemein der Begriff "Organisation" (oder synonym dazu "Institution") verwendet, wobei aber zu beachten ist, dass damit beliebige Organisationseinheiten gemeint sein können.

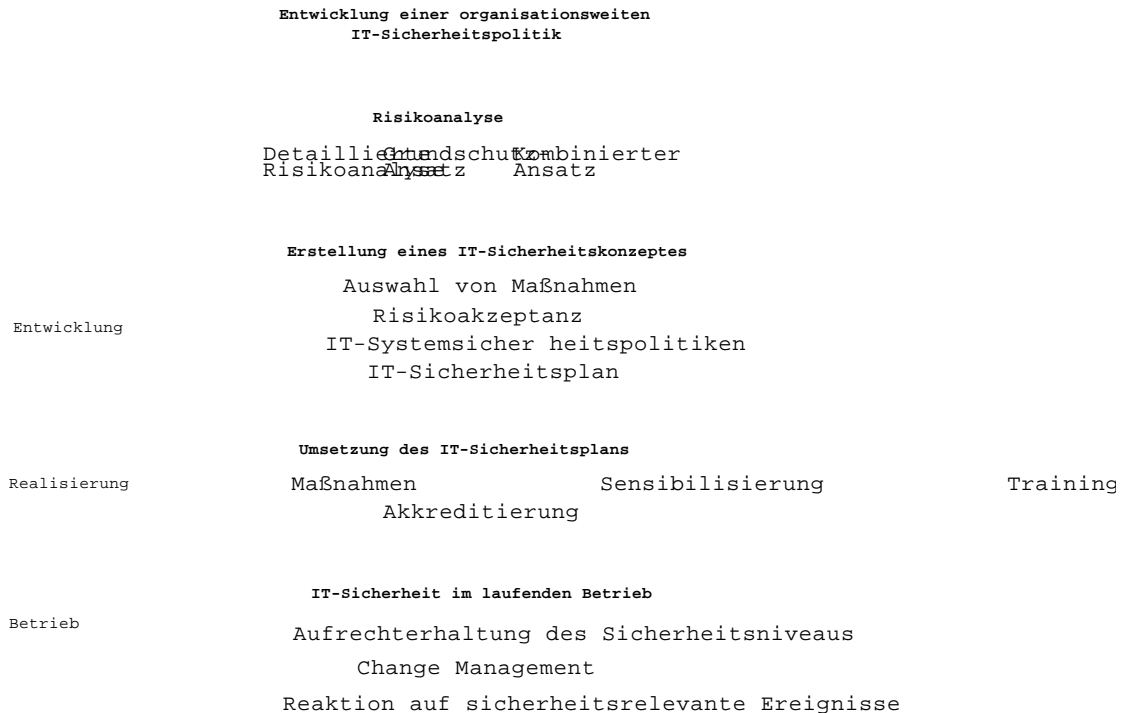


Abbildung 1.1: Aktivitäten im Rahmen des IT-Sicherheitsmanagements

IT-Sicherheitsmanagement umfasst damit folgende Schritte:

* **Entwicklung einer organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik**

Als organisationsweite IT-Sicherheitspolitik (IT Security Policy) bezeichnet man die Leitlinien und Vorgaben innerhalb einer Organisation, die unter Berücksichtigung gegebener Randbedingungen grundlegende Ziele, Strategien, Verantwortlichkeiten, Methoden für die Gewährleistung der IT-Sicherheit festlegen. Die organisationsweite IT-Sicherheitspolitik (im Folgenden der Einfachheit halber "Sicherheitspolitik" bezeichnet) soll allgemeine Festlegungen treffen, die für die Informationstechnologie innerhalb einer Organisation Gültigkeit haben (s. Abbildung 1.1). Da es sich um ein langfristig orientiertes Grundlagendokument handelt, können te

sowie Einzelheiten zu Sicherheitsmaßnahmen und deren Umsetzung nicht Bestandteil organisationsweiter IT-Sicherheitspolitik sein. Sie sind im Rahmen der einzelnen Sicherheitspolitiken" zu behandeln.

Die IT-Sicherheitspolitik ist eingebettet in eine Hierarchie von Regelungen und ist abhängig vom IT-Konzept und den Sicherheitsanforderungen kann es auch notwendig sein, eine Hierarchie von IT-Sicherheitspolitiken für verschiedene Organisationseinheiten (Abteilungen, nachgeordnete Dienststellen,...) zu erstellen.

* **Risikoanalyse**

Eine wesentliche Aufgabe des IT-Sicherheitsmanagements ist das Erkennen und die Reduktion von Sicherheitsrisiken und deren Reduktion auf ein tragbares Maß. Im Rahmen des vorliegenden Handbuches werden drei Risikoanalysestrategien behandelt (s. Kapitel 3): Detaillierte Risikoanalyse, Grundsicherheitsansatz und Kombiniertes Risikoanalyseansatz. Die Wahl der Risikoanalysestrategie sollte im Rahmen der IT-Sicherheitspolitik erfolgen, um organisationsweit einheitliches Vorgehen zu gewährleisten.

* **Erstellung eines IT-Sicherheitskonzeptes**

Abhängig von den Ergebnissen der Risikoanalyse werden in einem nächsten Schritt geeignete Maßnahmen ausgewählt, die die Risiken auf ein definiertes und beherrschbares Maß reduzieren sollen. Im Anschluss daran ist das verbleibende Restrisiko zu ermitteln und zu bewerten, um festzustellen, ob es für die Organisation tragbar ist oder weitere Maßnahmen zur Risikoreduktion erforderlich sind. Für große und komplexe IT-Systeme sollten eigene IT-Systemsicherheitspolitiken erstellt werden, die - kompatibel mit der organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik - spezifische grundlegenden Leitlinien zur Sicherheit eines konkreten IT-Systems vorgeben und die konkreten Sicherheitsmaßnahmen und ihre Umsetzung beschreiben. In einem IT-Sicherheitsplan werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Aktivitäten und Maßnahmen, die zur Umsetzung der ausgewählten Maßnahmen erforderlich sind, festgelegt.

Die Erstellung von IT-Sicherheitskonzepten wird in Kapitel 4 dieses Handbuches behandelt.

* **Umsetzung des IT-Sicherheitsplans**

Bei der Implementierung der ausgewählten Sicherheitsmaßnahmen ist zu beachten, dass die meisten technischen Sicherheitsmaßnahmen ein geeignetes organisatorisches Umfeld um vollständig wirksam zu sein. Unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des IT-Sicherheitsplanes in der Praxis sind auch entsprechende Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen. Weiters ist sicherzustellen, dass die IT-Systeme den Anforderungen der IT-Sicherheitspolitiken und des IT-Sicherheitsplanes in der konkreten Umsetzung entsprechen ("Akkreditierung").

Kapitel 5 des vorliegenden Handbuches behandelt diese Umsetzungsfragen.

* **IT-Sicherheit im laufenden Betrieb**

Umfassendes IT-Sicherheitsmanagement beinhaltet nicht zuletzt auch die Aufgabe, die IT-Sicherheit im laufenden Betrieb aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls veränderten Bedrohungen anzupassen. Zu den erforderlichen Follow-Up-Aktivitäten zählen (s. Kapitel 6):
• Aufrechterhaltung des erreichten Sicherheitsniveaus

- u Aufrechterhaltung des erreichten Sicherheitsniveaus
dies umfasst:
 - Wartung und administrativen Support von Sicherheitseinrichtungen,
 - die Überprüfung von Maßnahmen auf Übereinstimmung mit der IT-Sicherheits
Security Compliance Checking
 - die fortlaufende Überwachung von IT-Systeme (
 - ü Reaktion auf sicherheitsrelevante Ereignisse
 - ü Change Management

2 Entwicklung einer organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik

Die IT-Sicherheitspolitik bildet die Basis für die Entwicklung und die Umsetzung eines risikogerechten und wirtschaftlich angemessenen IT-Sicherheitskonzeptes. Sie stellt ein Grundlagendokument dar, das die sicherheitsbezogenen Ziele, Strategien, Verantwortlichkeiten und Methoden langfristig und verbindlich festlegt.

Die organisationsweite IT-Sicherheitspolitik soll allgemeine Festlegungen treffen, die für Einsatzbereiche der Informationstechnologie innerhalb einer Organisation zur Anwendung kommen. Diese Richtlinien werden in den nachgeordneten "IT-Systemsicherheitspolitiken", etwa der PC-Sicherheitspolitik oder der Netzsicherheitspolitik, konkret umgesetzt.

2.1 Erstellung von IT-Sicherheitspolitiken

Geltungsbereich

Jedes Ressort sollte eine eigene, ressortspezifische IT-Sicherheitspolitik erstellen. Bei können aus dieser weitere Sicherheitspolitiken, etwa auf Behörden- oder Abteilungsebene, abgeleitet werden.

Das folgende Kapitel gibt eine Anleitung zur Erstellung einer derartigen Politik und legt wesentlichen Inhalte fest. Ziel dieses Abschnittes des IT-Sicherheitshandbuches ist es, die Erarbeitung eigenständiger, jedoch mit denen anderer Institutionen der öffentlichen Verwaltung kompatibler IT-Sicherheitspolitiken zu unterstützen. Dies soll ein äquivalentes Maß an der IT-Sicherheit in den einzelnen Organisationen gewährleisten sowie Synergieeffekte nutzen.

Aufgaben und Ziele einer IT-Sicherheitspolitik

Eine organisationsweite IT-Sicherheitspolitik hat die Aufgabe, alle Aspekte einer sicheren Nutzung der Informationstechnik innerhalb einer Organisation abzudecken. Dabei gilt:

- ü Die IT-Sicherheitspolitik wird als schriftliches Dokument erstellt und bildet die Grundlage des IT-Sicherheitsmanagements.
- ü Die IT-Sicherheitspolitik legt Leitlinien fest, schreibt aber keine Implementierung vor.
- ü Die IT-Sicherheitspolitik wird offiziell verabschiedet und in Kraft gesetzt.
- ü Jeder Mitarbeiter muss Kenntnis über die wichtigsten Inhalte der IT-Sicherheitspolitik haben; die direkt mit IT-Sicherheit beschäftigten Mitarbeiter (dazu gehören die Mitglieder des IT-Sicherheitsmanagement-Teams, der Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragte, die

Version 1.0, Stand Oktober 1998

Seite 12 von 86

Page 14

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
 Kapitel 2: Entwicklung einer organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik

Bereichs-IT-Sicherheitsbeauftragten sowie die Applikations-/Projektverantwortlichen (s. auch Kap. 2.2.2) müssen im Besitz einer aktuellen Version der IT-Sicherheitspolitik sein.

2.2 Die Inhalte der IT-Sicherheitspolitik

Der folgende Abschnitt beschreibt, welche Themenbereiche die IT-Sicherheitspolitik abdecken sollte, und gibt Hinweise und Leitlinien zur Erstellung dieses Dokuments.

2.2.1 Grundsätzliche Ziele und Strategien

Schritt 1: Festlegung der wesentlichen IT-Sicherheitsziele

Bei der Erstellung der IT-Sicherheitspolitik sind zunächst die spezifischen IT-Sicherheitsziele der Organisation zu erarbeiten, die mit dieser Politik erreicht werden sollen.

Beispiele für solche Ziele sind:

- ü Gewährleistung der aus gesetzlichen Vorgaben resultierenden Anforderungen
- ü Gewährleistung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die betroffene Organisation der öffentlichen Verwaltung im Allgemeinen
- ü Hohe Verlässlichkeit des Handelns, insbesondere in Bezug auf Vertraulichkeit und Rechtzeitigkeit. Dies erfordert:
 - Vertraulichkeit der verarbeiteten Informationen und Einhaltung des Datenschutzes
 - Korrektheit, Vollständigkeit und Authentizität der Informationen (Integrität)
 - Rechtzeitigkeit (Verfügbarkeit der IT)
- ü Sicherung der investierten Werte
- ü Sicherstellung der Kontinuität der Arbeitsabläufe
- ü Reduzierung der im Schadensfall entstehenden Kosten (Schadensvermeidung und Schadensbegrenzung)
- ü Gewährleistung des besonderen Prestiges

Neben diesen eher allgemein gültigen Zielen sind die organisationspezifischen - bezugnehmend auf die spezifischen Aufgaben und Projekte - zu formulieren.

Zur Präzisierung dieser Ziele können folgende Fragen hilfreich sein:

- ü Welche essentiellen Aufgaben der betreffenden Organisation können ohne IT-Umsetzung nicht mehr durchgeführt werden?
- ü Welche wesentlichen Entscheidungen hängen von der Genauigkeit, Integrität oder

u welche wesentlichen Entscheidungen hängen von der Genauigkeit, Integrität oder Verfügbarkeit von durch die IT-Systeme verarbeiteter Information ab?
 ü Welche vertrauliche Information ist zu schützen?

ü Welche Auswirkungen hätte eine gravierende Verletzung der Sicherheit (Verlust Vertraulichkeit, Integrität und/oder Verfügbarkeit)?

Schritt 2: Festlegung des angestrebten Sicherheitsniveaus

In diesem Schritt ist festzulegen, welches Sicherheitsniveau in Bezug auf
 ü Vertraulichkeit,
 ü Integrität und
 ü Verfügbarkeit
 angestrebt werden soll.

Schritt 3: Ausarbeitung von Strategien für das IT-Sicherheitsmanagement

Die IT-Sicherheitsstrategie legt fest, wie die definierten Sicherheitsziele erreicht werden können.

Eine organisationsweite IT-Sicherheitspolitik kann und soll lediglich eine High-Level-Beschreibung der gewählten Strategie beinhalten - Detailbeschreibungen sind auf nachgeordneten IT-Systemsicherheitspolitiken. Beispiele für Bereiche, die in der IT-Sicherheitsstrategie angesprochen werden können sind:

- ü die Forderung nach einer organisationsweiten Methodik zur IT-Sicherheit,
- ü eine klare Zuordnung aller Verantwortlichkeiten im IT-Sicherheitsprozess,
- ü die Einführung eines QM-Systems,
- ü die Entwicklung einer IT-Systemsicherheitspolitik für jedes IT-System,
- ü die Etablierung eines organisationsweiten Incident Handling Plans,
- ü die Voraussetzungen für eine sichere externe Kommunikation,
- ü Orientierung an internationalen Richtlinien und Standards,
- ü IT-Sicherheit als integraler Bestandteil des gesamten Lebenszyklus eines IT-Systems,
- ü die Förderung des Sicherheitsbewusstseins aller Mitarbeiter.

2.2.2 Organisation und Verantwortlichkeiten für IT-Sicherheit

Um eine Berücksichtigung aller wichtigen Aspekte und eine effiziente Erledigung anfallender Aufgaben zu gewährleisten, ist es erforderlich, die Rollen und Verantwortlichkeiten aller in den IT-Sicherheitsprozess involvierten Personen klar zu definieren. Die Organisation des IT-Sicherheitsmanagements ist für jede Institution - unabhängig von ihrer Größe, Struktur und Aufgaben - spezifisch festzulegen und in der IT-Sicherheitsstrategie zu beschreiben. Als Leitlinie soll dabei das nachfolgende Bild dienen, das beispielhaft die Organisation des IT-Sicherheitsmanagements auf Ebene eines Ressorts aussehen könnte.

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
 Kapitel 2: Entwicklung einer organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik

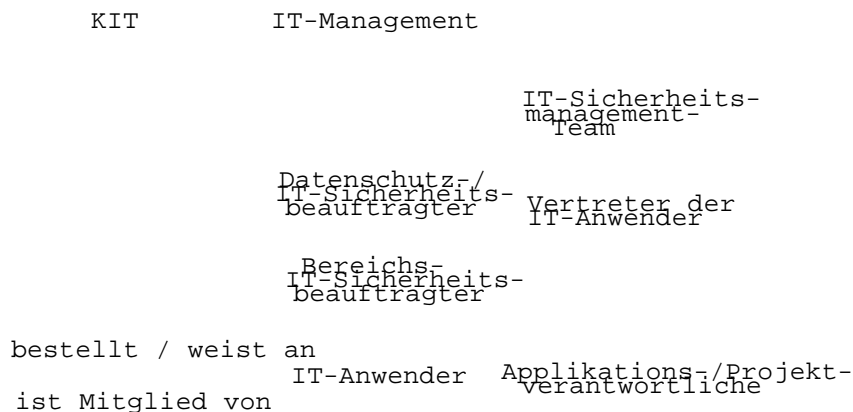


Abbildung 2.1: Beispiel zur Organisation des IT-Sicherheitsmanagements in einem Re

Das nächste Bild zeigt, wie das IT-Sicherheitsmanagement in einer kleinen bis mittelgroße Institution organisiert sein könnte:

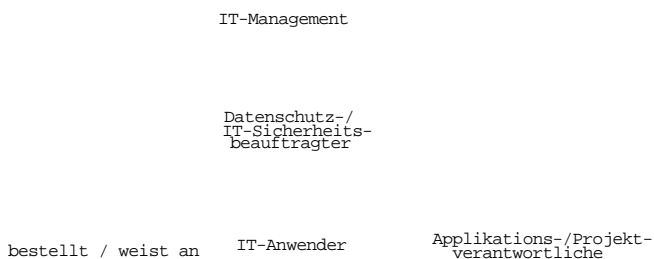


Abbildung 2.2: Beispiel zur Organisations des IT-Sicherheitsmanagements in einer Institution kleiner bis mittlerer Größe

Zentrale Aufgaben im IT-Sicherheitsmanagementprozess kommen dabei ü dem IT-Sicherheitsmanagement-Team,

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
 Kapitel 2: Entwicklung einer organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik

ü dem Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragten,
 ü dem Bereichs-IT-Sicherheitsbeauftragten und
 ü den Applikations-/Projektverantwortlichen
 zu.

Es ist zu betonen, dass es sich bei diesen Funktionen bzw. Gremien, die im Folgenden beschrieben werden, um Rollen handelt, die - abhängig von der Größe und den Sicherheitsanforderungen einer Organisation - durchaus auch von mehreren Personen wahrgenommen werden können. In diesem Fall ist auf eine genaue Trennung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten Bedacht zu nehmen. Genauso ist es möglich, dass eine Person ebenfalls zusätzlich zu anderen Aufgaben übernimmt (beispielsweise könnte ein Systemadministrator Bereichs-IT-Sicherheitsbeauftragter für dieses System agieren), wobei darauf zu achten ist, dass ausreichend Zeit für die sicherheitsrelevanten Tätigkeiten zur Verfügung steht, um keine Kollisionen von Verantwortlichkeiten oder Interessen kommt.

Nachfolgend werden die wichtigsten typischen Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Funktionen bzw. Gremien kurz beschrieben. Eine detaillierte, auf die speziellen Sicherheitsanforderungen der betreffenden Organisation abgestimmte Beschreibung ist im Rahmen der organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik zu geben.

Das IT-Sicherheitsmanagement-Team

Aufgaben:

Das IT-Sicherheitsmanagement-Team ist verantwortlich für die Regelung der organisationsweiten IT-Sicherheitsbelange sowie für die Erarbeitung von Plänen, Vorgaben und Richtlinien zur IT-Sicherheit. Zu seinen Aufgaben zählen unter anderem:

- ü Festlegung der IT-Sicherheitsziele der Organisation
- ü Entwicklung einer organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik
- ü Unterstützung und Beratung bei der Erstellung des IT-Sicherheitskonzeptes sowie
- ü Überprüfung des Konzeptes auf Erreichung der IT-Sicherheitsziele
- ü Förderung des IT-Sicherheitsbewusstseins in der gesamten Organisation
- ü Festlegung der personellen und finanziellen Ressourcen für IT-Sicherheit

Zusammensetzung des Teams:

Die genaue Festlegung der Zusammensetzung sowie der Aufgaben und Verantwortlichkeiten des IT-Sicherheitsmanagement-Teams hat im Rahmen der IT-Sicherheitspolitik zu erfolgen. Generell ist zu empfehlen, dass der Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragte sowie der IT-Anwender Mitglieder des IT-Sicherheitsmanagements-Teams sind.

Der Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragte

Zentrale Aufgaben des Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragten sind die Wahrnehmung der datenschutzrechtlichen Belange lt. Datenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung sowie die fachliche Verantwortung für alle IT-Sicherheitsfragen innerhalb einer Organisation.

Zu seinen Pflichten gehören:

- ü die verantwortliche Mitwirkung an der Erstellung des IT-Sicherheitskonzeptes
- ü die Gesamtverantwortung für die Realisierung der ausgewählten Sicherheitsmaßnahmen
- ü die Planung und Koordination von Schulungs- und Sensibilisierungsveranstaltungen

- ü die Planung und Koordination von Beratung- und Dienstleistungsverträgen,
- ü die Gewährleistung der IT-Sicherheit im laufenden Betrieb,
- ü die Verwaltung der für IT-Sicherheit zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie
- ü die Wahrnehmung der datenschutzrechtlichen Belange lt. Datenschutzgesetz in gültigen Fassung.

Der Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragte kann einzelne Aufgaben delegieren, Verantwortung für die IT-Sicherheit verbleibt aber bei ihm. Abhängig von Größe und Aufgaben einer Institution kann eine Trennung der datenschutzlichen und der übrigen IT-sicherheitsspezifischen Aufgaben sinnvoll sein. Aufgrund Komplexität und Vielfalt der Aufgaben besteht auch, wie bereits oben erwähnt, Möglichkeit diese Funktion durch mehrere Personen abzudecken.

Der Funktion des Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragten kommt eine zentrale Rolle zu. Daher sollte diese Rolle in jedem Fall - also auch bei kleinen Organisationen - eindeutig und klar einer Person (eventuell zusätzlich zu anderen Aufgaben) zugeordnet sein.

Die Bereichs-IT-Sicherheitsbeauftragten

Die Komplexität moderner IT-Systeme erfordert zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus tief gehende Systemkenntnisse, die von einer einzelnen Person nicht mehr abgedeckt werden können, insbesondere wenn mehrere unterschiedliche Systemformen zum Einsatz kommen. Daher wird es in den meisten Fällen empfehlenswert sein, Bereichs-IT-Sicherheitsbeauftragte zu definieren. Diese haben die fachliche Verantwortung für alle IT-Sicherheitsbelange in einem bestimmten Bereich. Ein Bereich kann beispielsweise ein IT-System oder eine Betriebssystemplattform sein, auch eine Zuordnung nach Abteilungen ist denkbar.

- Zu den Aufgaben eines Bereichs-IT-Sicherheitsverantwortlichen zählen
- ü die Mitwirkung bei den seinen Bereich betreffenden Teilen des IT-Sicherheitsplans,
 - ü die Erarbeitung eines detaillierten Planes zur Realisierung der ausgewählten Sicherheitsmaßnahmen,
 - ü die Umsetzung dieses Planes,

- ü die regelmäßige Prüfung der Wirksamkeit und Einhaltung der eingesetzten IT-Sicherheitsmaßnahmen im laufenden Betrieb,
- ü Information des Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragten über bereichsspezifische Schulungsbedarf sowie
- ü Meldungen an den Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragten bei sicherheitsrelevanten Ereignissen.

Applikations-/Projektverantwortliche

Für jede IT-Anwendung und jedes IT-Projekt ist die fachliche Gesamtverantwortung und auch die Verantwortung für deren/dessen Sicherheit klar festzulegen.

- Zu den Aufgaben des Applikations-/Projektverantwortlichen zählen insbesondere
- ü die Festlegung der Sicherheits- und Qualitätsanforderungen,
 - ü die Klassifikation der verarbeiteten Daten,
 - ü die Vergabe von Zugriffsrechten sowie
 - ü organisatorische und administrative Maßnahmen zur Gewährleistung der IT-Sicherheit der Projektentwicklung und im laufenden Betrieb.

Darüber hinaus muss jeder Mitarbeiter, auch wenn er nicht direkt in den Bereich involviert ist, seine spezifischen Pflichten und Verantwortlichkeiten im Rahmen der IT-Sicherheit kennen und erfüllen. Ebenso sind die Rechte und Pflichten von externen Mitarbeitern, Lieferanten und Vertragspartnern festzulegen.

Im Rahmen der organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik sind daher auch die Aufgaben und Verantwortlichkeiten folgender Personenkreise im Detail zu definieren.

- ü Management/Behördenleitung ("Sicherheit als Managementaufgabe")
- ü DV-Entwicklung und technischer Support
- ü Dienstnehmer
- ü Leasingpersonal, externe Mitarbeiter
- ü Lieferanten und Vertragspartner

2.2.3 Risikoanalysestrategien, akzeptables Restrisiko und Risikoakzeptanz

Methodisches Risikomanagement ist zur Erarbeitung eines vollständigen und organisationsweiten IT-Sicherheitskonzeptes unerlässlich. Um Risiken zu beherrschen, ist es erforderlich, sie zu kennen und zu bewerten. Dazu wird in einer Risikoanalyse das Gesamtrisiko ermittelt. Ziel ist es, dieses Risiko so weit zu reduzieren, dass das Restrisiko quantifizierbar und akzeptierbar wird.

Version 1.0, Stand Oktober 1998

Seite 18 von 86

Page 20

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
 Kapitel 2: Entwicklung einer organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik

In der IT-Sicherheitspolitik sollen die Risikoanalysestrategie der Organisation und das akzeptable Restrisiko festgelegt werden. Weiters ist die Vorgehensweise bei der Identifizierung von außergewöhnlichen Restrisiken zu definieren.

Im folgenden Abschnitt werden die wichtigsten Punkte, die im Rahmen der IT-Sicherheitspolitik zum Thema Risikoanalyse festgelegt werden sollten, aufgeführt. Details zur Risikoanalyse sind in Kapitel 3 enthalten.

Schritt 1: Festlegung der anzuwendenden Risikoanalysestrategie

Die heute gängige Praxis kennt verschiedene Varianten zur Risikoanalysestrategie. In der Organisation, von denen die wichtigsten drei im Folgenden kurz beschrieben werden:

- * Grundschatzansatz:
 Unabhängig vom tatsächlichen Schutzbedarf werden für alle IT-Systeme Grundschatzmaßnahmen eingesetzt. Diese Vorgehensweise spart Ressourcen und führt schnell zu einem relativ hohen Niveau an Sicherheit. Der Nachteil liegt darin, dass der Grundschatz das betrachtete IT-System möglicherweise nicht angemessen sein könnte.
- * Detaillierte Risikoanalyse:
 Für alle IT-Systeme wird eine detaillierte Risikoanalyse durchgeführt. Diese gewährleistet die Auswahl von effektiven und angemessenen Sicherheitsmaßnahmen, benötigt jedoch viel Zeit und Aufwand. Dies führt zu relativ hohen Kosten, besteht auch die Gefahr, dass die Schutzmaßnahmen für kritische Systeme zu spät werden.

* Kombinationen Ansatz:

Kombinierter Ansatz

In einem ersten Schritt wird in einer Schutzbedarfsfeststellung (S) der Schutzbedarf für die einzelnen IT-Systeme ermittelt. Für IT-Systeme der Kategorie "niedrig bis mittel" wird von einer pauschalisierten Gefährdungsanalyse so dass auf eine detaillierte Risikoanalyse verzichtet und eine Grundschutzanalyse durchgeführt werden kann. Dies erlaubt eine schnelle und effektive Auswahl vorgelegten Sicherheitsmaßnahmen bei gleichzeitiger Gewährleistung eines angemessenen Schutzniveaus. IT-Systeme der Schutzbedarfskategorie "hoch oder sehr hoch" sind einer detaillierten Risikoanalyse zu unterziehen, auf deren Basis individuelle Sicherheitsmaßnahmen ausgewählt werden.

Diese Option kombiniert die Vorteile des Grundschutz- und des Risikoanalyseansatzes, so dass alle IT-Systeme mit hohem Schutzbedarf wirksam und angemessen geschützt werden können. Maßnahmen für die anderen Systeme mit Hilfe des Grundschatzes schnell und effektiv ausgewählt werden können.

Schritt 2: Festlegung des akzeptablen Restrisikos

Auch bei Durchführung aller ausgewählten Sicherheitsmaßnahmen verbleibt im Allgemeinen ein Restrisiko, dessen Abdeckung wirtschaftlich nicht mehr vertretbar wäre. In der Sicherheitspolitik sind diese akzeptablen Restrisiken so exakt wie möglich zu definieren.

Schritt 3: Festlegung der Vorgehensweise zur Akzeptanz von außergewöhnlichen Risiken

Verbleibt nach Durchführung aller im Sicherheitsplan vorgesehenen Maßnahmen ein Restrisiko, das höher ist als das generell akzeptable und dessen weitere Reduktion nicht möglich oder unwirtschaftlich wäre, so besteht in begründeten Ausnahmefällen die Möglichkeit einer bewussten Akzeptanz des erhöhten Restrisikos.

In der Sicherheitspolitik sind die Regeln für das Vorgehen bei Risiken, die in Abweichung von der generellen Sicherheitspolitik angenommen werden sollen, sowie die Verantwortlichkeiten dafür festzulegen.

2.2.4 Klassifikation von Daten

Die Klassifizierung der von den IT-Systemen verarbeiteten Daten in Bezug auf Vertraulichkeit und Integrität ist wesentliche Voraussetzung für die spätere Festlegung von Sicherheitsmaßnahmen. Daher sind in der IT-Sicherheitspolitik entsprechende Klassen zu definieren und weiters die Verantwortlichkeiten für die Durchführung der Klassifizierung festzulegen.

Schritt 1: Definition der Sicherheitsklassen

Es ist jeder Organisation überlassen, in ihrer IT-Sicherheitspolitik eine für sie adäquate Definition von Sicherheitsklassen vorzunehmen.

Empfehlung für ein Klassifizierungsschema:

Im Folgenden wird ein Beispiel für ein Klassifizierungsschema gegeben, das für ein Szenario im Bereich der öffentlichen Verwaltung geeignet ist. Die Anwendung dieses Schemas ist optional.

in all denjenigen Bereichen, in denen nicht zwingende Gründe für ein anderes Informationsschema bestehen, wird aus Gründen der Kompatibilität empfohlen.

Die Sicherheitsklassen können als Maß dafür gesehen werden, welche Auswirkungen der Missbrauch dieser Information - dazu zählen sowohl der Verlust der Vertraulichkeit als auch die unbefugte Veränderung oder Zerstörung der Information - auf die Institutionen haben kann.

Es sind 4 hierarchische Klassen definiert:

- * **offen:**
Information, die ausdrücklich zur Veröffentlichung freigegeben wurde. Dazu zählen etwa Gesetze, Verordnungen und Pressemitteilungen.
- * **vertraulich:**
Information, die für den internen dienstlichen Gebrauch bestimmt und grundsätzlich zur Veröffentlichung nicht vorgesehen ist (z.B. behördeninterner Schriftverkehr, Telefonverzeichnisse, Organisationspläne).
- * **geheim:**
Information, deren Missbrauch der Organisation, der öffentlichen Verwaltung oder der Öffentlichkeit unter Umständen erheblichen Schaden zufügen könnte. Dazu zählen unter anderem alle Daten, die unter eine Verschlusssachenverordnung fallen.

Darüber hinaus wird eine eigene Klasse definiert für lt. Datenschutzgesetz besonders sensible Daten:

- * **sensibel**
Daten über rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, religiöse oder philosophische Überzeugungen, Gesundheit oder Sexuelle Orientierung natürlicher Personen.

Anmerkung:

Im Rahmen der IT-Sicherheitspolitik sollte darauf hingewiesen werden, dass die Klassifizierung von Daten sehr sorgfältig vorzunehmen ist. Nicht nur die Einstufung in eine bestimmte Sicherheitsklasse ist mit potentiellen Gefahren verbunden, auch die leichtfertige Erhöhung einer zu hohen Sicherheitsklasse ist zu vermeiden, da etwa die Behandlung von hochsensiblen Daten durchwegs mit erheblichem Aufwand verbunden ist.

Schritt 2: Festlegung der Verantwortlichkeiten und der Vorgehensweise

Es ist generell festzulegen, wer die Klassifikation der Daten vorzunehmen hat und wie dies in einzelnen Organisationen unterschiedlich sein und auch von IT-System zu IT-System differieren kann.

Als allgemeine Richtlinie kann gelten, dass die Klassifikation einer Information von dem Mitarbeiter vorzunehmen ist, von dem diese Information stammt, oder von dem Mitarbeiter der Organisation, der diese Information von außen erhält. Für IT-Anwendungen wird die Regel der Applikations-/Projektverantwortliche (s. Kap. 2.2.2) sein. Weiters ist festzulegen, in welcher Form die Klassifikation erfolgt und wie die Daten gekennzeichnet werden.

Schritt 3: Erarbeitung von Regelungen zur Verwendung elektronischer Information

In diesem Schritt ist festzulegen, wie die Information in Abhängigkeit von den Klassen zu behandeln ist.

Beispiele dafür sind etwa Vorschriften zur Speicherung von schützenswerter Information, Zugriffskontrolle, verschlüsselte Speicherung, keine Speicherung auf Laptops (Daten,...), Regelungen für Ausdrucke und Kopien, Vorschriften zur Übertragung (Authentisierung, Verschlüsselung, digitale Unterschrift, E-Mails,...), Wiederherstellung von Datenträgern, etc.

2.2.5 Organisationsweite Richtlinien zu Sicherheitsmaßnahmen

Grundsätzlich soll die IT-Sicherheitspolitik keine Aussagen zur Implementierung von Sicherheitsmaßnahmen treffen, da diese in einem langlebigen Dokument, wie es die organisationsweite IT-Sicherheitspolitik darstellt, nicht sinnvoll wären.

Sie soll jedoch organisationsweit gültige Richtlinien zu Sicherheitsmaßnahmen für alle Einsatzbereiche der Informationstechnologie innerhalb einer Institution festlegen. Die Interpretation dieser Richtlinien für spezielle Bereiche muss in den System- und Systemsicherheitspolitiken, etwa der Internet-Sicherheitspolitik oder der PC-Sicherheitspolitik, erfolgen.

Die Inhalte dieses Kapitels sind von den einzelnen Ressorts bzw. Organisationseinheiten festzulegen. Im Folgenden wird eine Reihe von Themen angeführt, die im Rahmen der Sicherheitspolitik typischerweise behandelt werden sollten. Die Tiefe der einzelnen Themen ist abhängig von der Bedeutung der Themen für die Organisation.

1. Computersicherheit

Dieser Abschnitt soll die wichtigsten Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Rechenanlagen und Einzelkomponenten umfassen. Zu betrachten sind dabei, je nach Hardwareausstattung, Mainframes, Server, Workstations, PCs und Notebooks.

Die IT-Sicherheitspolitik sollte Aussagen zu zumindest folgenden Punkten treffen:

ü Zugriffskontrolle

- * Benutzeridentifikation
- * Authentisierung von Personen und Geräten
- * Beschränkung der Anzahl vergeblicher Zugriffsversuche

- * Rechteverwaltung und Rechteprüfung
- * Bildschirmsperre
- ü *Protokollierung*
 - * Auswahl der zu protokollierenden Information
 - * Speicherung und Auswertung von Protokollen
 - * Verantwortlichkeiten
- ü *Virenschutz*
 - * Virenschutzkonzept
 - * Verpflichtung zur Überprüfung von Datenträgern und Files
 - * Aktionen bei Auftreten eines Virus
- ü *Aufstellung und Installation von Geräten*
- ü *Wartung und Reparatur*
- ü *Außerbetriebnahme von Geräten*

2. Netzwerksicherheit

Ziel der Netzwerksicherheit ist der Schutz von Information in Netzwerken sowie der Netzwerk-Infrastruktur. Zu betrachten sind sowohl interne Netzwerke als auch Kommunikation über öffentliche Netze.

Dazu sind im Rahmen der IT-Sicherheitspolitik Aussagen u.a. zu folgenden Punkten zu treffen:

- ü *Schutz der Netzwerkkomponenten (z.B. Firewalls, Router)*
- ü *Sicherheit der Daten während der Übertragung*
- ü *Firewalls*
- ü *Internet/Intranet*
- ü *Remote Support*

3. Software

In diesem Kapitel sind u.a. zu regeln:

- ü der Einsatz von Originalsoftware,
- ü Verteilung von Software,

- ü private Verwendung dienstlicher Hard- und Software,
- ü Verwendung privater Hard- und Software für dienstliche Zwecke,
- ü Evaluierung und Zertifizierung von sicherheitskritischen Anwendungen gemäß internationalen Kriterienkatalogen (etwa ITSEC, Common Criteria,...).

4. Sicherheit in der Systementwicklung

Es ist dafür Sorge zu tragen, dass der IT-Sicherheitsprozess so weit wie möglichen gesamten Lebenszyklus eines IT-Systems integriert wird. Dazu sind auch die Verantwortlichkeiten für die Sicherheit in den einzelnen Phasen der Systementwicklung sowie Pflichten der Beteiligten festzulegen.

Dies betrifft

- ü Eigenentwicklungen durch IT-Abteilung,
- ü Eigenentwicklungen durch interne Anwender sowie
- ü Systementwicklung durch Externe.

Dabei sind die sicherheitsrelevanten Aspekte zumindest folgender Bereiche zu

- ü Vorgehensmodelle
- ü Methodik
- ü Trennung von Entwicklung und Produktion
- ü Qualitätssicherung / Qualitätsmanagement
- ü Dokumentation (z.B. Übergabe oder Hinterlegen des Sourcecodes bei Fremdentwicklungen)

5. Personelle Sicherheit

Auch personelle Angelegenheiten sollten, soweit sie direkt auf die IT-Sicherheit nehmen, in der IT-Sicherheitspolitik geregelt werden. Dazu zählen etwa:

- ü Voraussetzungen und Maßnahmen bei Einstellung und Ausscheiden von Mitarbeitern (Geheimhaltungsverpflichtungen, Vergabe/Sperre/Löschen von User-IDs, Passwortverwaltung, ...)
- ü Schulungsprogramme
- ü Programme zur Sensibilisierung für sicherheitsrelevante Fragen
- ü Regelungen für den Einsatz von Fremdpersonal

Darüber hinaus sollten in diesem Rahmen Policies zu den sicherheitsrelevanten

- ü Teleworking,
- ü Outsourcing und
- ü Remote Support

formuliert werden, falls Anwendungen dieser Art existieren oder geplant sind.

Optional können darüber hinaus im Rahmen der IT-Sicherheitspolitik auch Regelungen zu folgenden Bereichen - soweit sie direkten Bezug zur IT-Sicherheit haben - getroffen werden:

Bauliche Sicherheit

*Umgang mit Dokumenten in Schriftform und auf elektronischen Speichermedien
Telefon und FAX*

2.2.6 Disaster Recovery Planung

Ziel der Disaster Recovery Planung ist es, die Verfügbarkeit der wichtigsten IT-Systeme innerhalb eines definierten Zeitraumes zu gewährleisten sowie Verfahren

Systeme innerhalb eines definierten Zeitraumes zu gewährleisten sowie vorkenntlich Schadensbegrenzung im Katastrophenfall zu treffen.

Der in der IT-Sicherheitspolitik zu beschreibende Planungsprozess sollte die in den angeführten Bereichen umfassen. Die eigentliche Durchführung der Schritte (also die Erfassung der Anwendungen oder die Erstellung eines Backup-Konzeptes) ist nicht Teil der IT-Sicherheitspolitik, sondern muss in den entsprechenden weiteren Aktivitäten der IT-Sicherheitspolitik, sondern muss in den entsprechenden weiteren Aktivitäten

1. Definition von Verfügbarkeitsklassen

Um den Verfügbarkeitsanspruch von IT-Anwendungen einer Organisation darstellen zu können, sind im Rahmen der IT-Sicherheitspolitik entsprechende Verfügbarkeitsklassen zu definieren.

Nachfolgend ein Beispiel für ein solches Klassifizierungsschema:

- * Verfügbarkeitsklasse 1:
Die Applikation muss innerhalb von einigen Minuten wieder verfügbar sein.
- * Verfügbarkeitsklasse 2:
Die Applikation muss innerhalb von einigen Stunden wieder verfügbar sein.
- * Verfügbarkeitsklasse 3:
Die Applikation muss innerhalb von einigen Tagen wieder verfügbar sein.

2. Erfassung aller Anwendungen und Klassifikation nach Verfügbarkeitsanforderungen

Um die Verfügbarkeit der wichtigsten DV-Anwendungen einer Organisation zu gewährleisten, ist eine Klassifizierung aller Anwendungen gemäß den oben definierten Verfügbarkeitsklassen vorzunehmen.

3. Festlegung der Schadensereignisse, gegen die Vorkehrungen zu treffen sind; Risikoakzeptanz bei nicht abzudeckenden Ereignissen

Ein Disaster Recovery Plan muss nicht notwendigerweise alle Schadensereignisse abdecken, die die IT-Sicherheitspolitik soll die wesentlichen Leitlinien darüber vorgeben, welche Ereignisse abzudecken sind und wie mit den nicht abzudeckenden Ereignissen umzugehen ist.

4. Notfallorganisation und Notlaufplan

Hier sind die wichtigsten Anforderungen und Leitlinien zum Thema Notfallorganisation anzuführen. Dazu gehören:

- ü die Festlegung der Verantwortlichkeiten und insbesondere die Benennung einer Notfallverantwortlichen;
- ü die schriftliche Festlegung von Sofortmaßnahmen im Katastrophenfall

5. Erstellung eines Backup-Konzeptes

Dieses Kapitel umfasst die Anforderungen an

- ü ein Datensicherungskonzept,
- ü einen Datensicherungsplan,
- ü die Backup-Planung für Hardware- und Netzwerkkomponenten (Ausweich-RZ, Backup Verträge, ...)
- ü Redundanzplanung (Spiegelsysteme, ...) sowie
- ü die Wiederbeschaffbarkeit von Hard- und Software.

6. Erstellung von Wiederanlaufplänen

Die Vorgangsweise für einen geregelten Wiederanlauf nach Ausfall einer IT-Komponente eines IT-Systems ist in Form von schriftlichen Arbeitsanweisungen ("Wiederanlaufpläne") niederzulegen.

Dazu zählen:

- ü Aufbau und Installation der notwendigen Hardware-Komponenten,
- ü Einspielen der Systemsoftware,
- ü Einspielen der Anwendungssoftware,
- ü Bereitstellen der notwendigen Daten einschließlich Konfigurationsdateien,
- ü Wiederanlauf.

Eine revisionsfähige Protokollierung des Wiederanlaufs ist zu gewährleisten.

Weiters sind die Verantwortlichkeiten für die Erstellung, regelmäßige Tests sowie die Umsetzung des Wiederanlaufplanes im Ernstfall festzulegen.

7. Regelmäßige Tests und Training

In diesem Abschnitt sind die Anforderungen an Testpläne für das Disaster Recovery (etwa Alarmierungspläne, Wiedereinspielen gesicherter Daten, Verändern von Applikationen auf Ausweichsysteme) zu definieren.

8. Weiterentwicklung und Anpassung des Disaster Recovery Plans

Um die Funktionsfähigkeit und Effizienz des Disaster Recovery Plans zu gewährleisten, muss dieser regelmäßig auf seine Aktualität zu prüfen und gegebenenfalls an Veränderungen anzupassen.

2.2.7 Nachfolgeaktivitäten zur Überprüfung und Aufrechterhaltung der Sicherheit

Ein IT-Sicherheitskonzept ist kein statisches, unveränderbares Dokument, umfasst das Sicherheitsmanagement beinhaltet vielmehr auch die kontinuierliche Aufgabe, den IT-Betrieb aufrechtzuerhalten.

Die IT-Sicherheitspolitik muss daher Leitlinien zur Bewertung der IT-Sicherheitsmaßnahmen, Angemessenheit, Wirksamkeit und Ordnungsmäßigkeit der eingesetzten IT-Sicherheitsmaßnahmen sowie deren Übereinstimmung mit der IT-Sicherheitspolitik und dem IT-Sicherheitsmanagement festlegen.

Sicherheitskonzept vorgeben.

Dies umfasst folgende Themenbereiche:

1. Aufrechterhaltung des erreichten Sicherheitsniveaus

Erstes Ziel aller Follow-Up-Aktivitäten muss es sein, das einmal erreichte Niveau auch im laufenden Betrieb zu erhalten.

Version 1.0, Stand Oktober 1998

Seite 27 von 86

Page 29

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Kapitel 2: Entwicklung einer organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik

Dazu ist es erforderlich, dass
 ü Wartung und administrativer Support der Sicherheitseinrichtungen gewährleistet
 ü die realisierten Maßnahmen regelmäßig auf ihre Übereinstimmung mit der IT-
 Sicherheitspolitik geprüft Compliance Checking
 ü die IT-Systeme fortlaufend überwacht werden (Monitoring)

2. Change Management

Hier ist festzulegen, wie eine angemessene Reaktion auf alle sicherheitsrelevanten oder Software-Änderungen in einem IT-System sichergestellt werden soll.

3. Reaktion auf sicherheitsrelevante Ereignisse (Incident Handling)

Hier sind die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller Mitarbeiter bei Auftreten sicherheitsrelevanter Ereignissen festzulegen. Ziel ist die Erstellung von "Incident-Plänen" sowohl für die einzelnen Bereiche als auch für die gesamte Organisation.

Die IT-Sicherheitspolitik soll wiederum nur die Leitlinien für die Aufrechterhaltung im laufenden Betrieb festlegen. Details zum tatsächlichen Vorgehen sind in den Incident-Plänen und Vorgaben festzuschreiben (s. dazu Kap. 6 dieses Handbuches).

2.3 Life Cycle der IT-Sicherheitspolitik

2.3.1 Erstellung

Die IT-Sicherheitspolitik soll von allen Mitarbeitern getragen werden. Es ist sicherzustellen, dass bei ihrer Erstellung alle wesentlichen Kräfte der Organisation beteiligt sind. Das Dokument mit Vertretern aller Beteiligten bzw. Betroffenen abgestimmt wird.

Zunächst ist ein Verantwortlicher für die Erstellung der IT-Sicherheitspolitik zu bestimmen. Im Allgemeinen wird dies, soweit bereits definiert, der Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragte sein.

Weiters sollen Vertreter folgender Bereiche an der Erstellung der organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik mitarbeiten bzw. in den Abstimmungsprozess miteinbezogen werden:
 ü IT-Abteilung
 ü Anwender
 ü Sicherheitsabteilung
 ü Personalabteilung

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Kapitel 2: Entwicklung einer organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik

ü Gebäudeverwaltung und Infrastruktur
ü Revision
ü Budgetabteilung

Die wesentlichen Inhalte der IT-Sicherheitspolitik müssen allen Betroffenen und also allen Mitarbeitern der Organisation, aber auch etwa externen Mitarbeitern, Lieferanten, bekannt sein. Dazu sollten in der Folge die für die einzelnen Personengruppen wichtigsten Randvorgaben der IT-Sicherheitspolitik zusammengefasst und jedem Betroffenen in schriftlicher Form zur Kenntnis gebracht werden. Wo nötig, sind das Einverständnis mit diesen Vorgaben und die Kenntnis der daraus erwachsenden Verpflichtungen auch durch eine Unterschrift zu bestätigen (etwa Verpflichtung auf das Datengeheimnis, Ergänzungen zu Dienstverträgen, Geheimhaltungsverpflichtungen von externen Personen,...)

2.3.2 Offizielle Inkraftsetzung

Die IT-Sicherheitspolitik wird von der Leitung der Organisation offiziell verkraftet und in Kraft gesetzt.

Wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Implementierung und Umsetzung der IT-Sicherheitspolitik ist, dass sie die volle und für jeden Beteiligten sichtbare Unterstützung des Management erhält.

2.3.3 Regelmäßige Überarbeitung

Zwar stellt die IT-Sicherheitspolitik ein langfristiges Dokument dar, dennoch sollte sie regelmäßig auf ihre Aktualität und Übereinstimmung mit den tatsächlichen Anforderungen überprüft und bei Bedarf entsprechend anzupassen. Die Verantwortung dafür ist festzulegen. Im Allgemeinen wird sie beim Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragten festzulegen.

3 Risikoanalyse

Eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiches IT-Sicherheitsmanagement ist die Einschätzung der bestehenden Sicherheitsrisiken. In einer Risikoanalyse wird versucht, die Risiken zu erkennen und zu bewerten und so das Gesamtrisiko zu ermitteln. Ziel ist es, in weiterer Folge dieses Risiko so weit zu reduzieren, dass das verbleibende Restrisiko quantifizierbar und akzeptierbar wird.

3.1 Risikoanalysestrategien

Es ist empfehlenswert, eine Strategie zur Risikoanalyse festzulegen. Diese sollte für die gesamte Organisation gültig sein und festlegen, wie die Ziele der Risikoanalyse - Erkennen und Bewerten von Einzelrisiken und Gesamtrisiko - erreicht werden sollen.

Die aktuelle Literatur kennt verschiedene Optionen für solch eine Strategie, von denen die wichtigsten drei im Rahmen dieses Handbuches behandelt werden.

* Detaillierte Risikoanalyse:

Für alle IT-Systeme wird eine detaillierte Risikoanalyse durchgeführt. Diese Methode führt zu effektiven und angemessenen Sicherheitsmaßnahmen, benötigt jedoch viel Zeit und Aufwand, so dass neben hohen Kosten auch die Gefahr besteht, dass für kritische Systeme nicht schnell genug Schutzmaßnahmen ergriffen werden können.

* Grundschatzansatz:

Unabhängig vom tatsächlichen Schutzbedarf wird für alle IT-Systeme von einer pauschalisierten Gefährdungslage ausgegangen. Als Sicherheitsmaßnahmen kommen sog. Grundschatzmaßnahmen *Baseline Security Controls* zum Einsatz. Durch den Verzicht auf eine detaillierte Risikoanalyse spart diese Vorgehensweise Ressourcen und führt schnell zu einem relativ hohen Niveau an Sicherheit. Der Nachteil liegt darin, dass der Grundschatzlevel das betrachtete IT-System möglicherweise nicht angemessen sein könnte.

* Kombiniertes Ansatz:

In einem ersten Schritt wird in einer Schutzbedarfsanalyse die Schutzbedarfskategorie für die einzelnen IT-Systeme ermittelt. Für IT-Systeme der Schutzbedarfskategorie "niedrig bis mittel" wird auf eine detaillierte Risikoanalyse verzichtet. Dies ermöglicht eine schnelle und effektive Auswahl von grundlegenden Sicherheitsmaßnahmen bei gleichzeitiger Gewährleistung eines angemessenen Schutzniveaus. IT-Systeme der Schutzbedarfskategorie "hoch bis sehr hoch" sind einer detaillierten Risikoanalyse zu unterziehen, deren Basis individuelle Sicherheitsmaßnahmen ausgewählt werden.

Diese Option kombiniert die Vorteile des Grundschatz- und des Risikoanalyseansatzes. Alle IT-Systeme mit hohem Schutzbedarf wirksam und angemessen geschützt werden. Für die anderen Systeme mit Hilfe des Grundschatzes schnell und effektiv geschützt werden können. Sie wird in den meisten Einsatzumgebungen die empfohlene Strategie zur Risikoanalyse darzustellen.

werte Strategie zur Risikoanalyse darstellen.

Im Folgenden werden die drei angeführten Risikoanalysestrategien näher erläutert.

3.2 Detaillierte Risikoanalyse

Eine detaillierte Risikoanalyse für ein IT-System umfasst die Identifikation der Risiken sowie eine Abschätzung ihrer Größe.

Die erstmalige Durchführung einer detaillierten Risikoanalyse und die anschließende Aktualisierung eines Sicherheitskonzeptes erfordert einen Aufwand, der zumindest im Bereich der IT-Systeme ev. auch von Monaten liegt. Zur Reduktion des Aufwandes kann man für IT-Systeme, an denen lediglich Anwendungen mit niedrigem bis mittlerem Schutzbedarf laufen, auf eine detaillierte Risikoanalyse verzichten und Grundschutzmaßnahmen zum Einsatz bringen (siehe dazu Kap. 3.3 und 3.4).

IT-Systeme, auf denen Anwendungen mit hohem oder sehr hohem Schutzbedarf installiert sind, erfordern hingegen eine genaue Analyse der bestehenden Werte, Bedrohungen und Schutzmaßnahmen und damit die Durchführung einer detaillierten Risikoanalyse.

Eine detaillierte Risikoanalyse umfasst folgende Schritte:

Schritt 1: Abgrenzung des Analysebereiches

Hier ist das zu analysierende IT-System zu spezifizieren und anzugeben, ob und in welchem Maße auch andere Objekte (z.B. Gebäude und Infrastruktur) in die Analyse einbezogen werden sollen.

Schritt 2: Identifikation der bedrohten Objekte ("Assets")

Ziel dieses Schrittes ist die Erfassung aller bedrohten Objekte, die innerhalb des im vorherigen Schritt festgesetzten Analysebereiches liegen.

Schritt 3: Wertanalyse

In diesem Schritt wird der Wert der bedrohten Objekte ermittelt. Die Wertanalyse erfolgt auf der Ebene der Einzelnen:

- ü die Festlegung der Bewertungsbasis für Sachwerte
- ü die Festlegung der Bewertungsbasis für immaterielle Werte
- ü Ermittlung der Abhängigkeiten zwischen den Objekten
- ü Bewertung der bedrohten Objekte

Schritt 4: Bedrohungsanalyse

Die Objekte sind vielfachen Bedrohungen ausgesetzt, die sowohl aus Nachlässigkeit als auch aus Absicht resultieren können. Die Bedrohungsanalyse umfasst die Identifikation dieser Bedrohungen und die Bewertung ihrer Auswirkungen.

- ü die Identifikation möglicher Bedrohungen (Katastrophen, Fehlbedienung, bewusste Angriffe) und möglicher Angreifer (Mitarbeiter, Leasingpersonal, Außensteher)
- ü die Ermittlung der Eintrittswahrscheinlichkeiten

Schritt 5: Schwachstellenanalyse

Eine Bedrohung kann nur durch die Ausnutzung einer vorhandenen Schwachstelle werden. Es ist daher erforderlich, mögliche Schwachstellen des Systems in der Organisation

- ü Hard- und Software
- ü Personal
- ü Infrastruktur

zu identifizieren und ihre Bedeutung zu klassifizieren.

Schritt 6: Identifikation bestehender Sicherheitsmaßnahmen

Zur Vermeidung unnötiger Aufwände und Kosten sind die bereits existierenden Sicherheitsmaßnahmen zu erfassen und auf ihre Auswirkungen hinsichtlich der Gesamtsystemfunktion sowie auf korrekte Funktion zu prüfen. Geplante neue Sicherheitsmaßnahmen müssen existierenden kompatibel sein und eine wirtschaftlich und technisch sinnvolle Lösung darstellen.

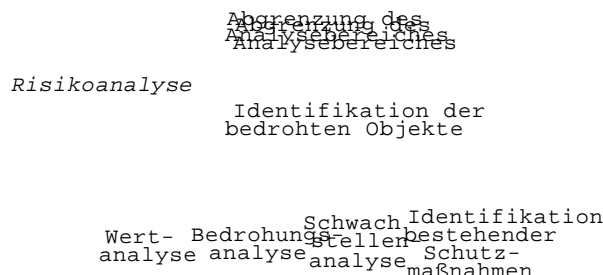
Schritt 7: Risikobewertung

In diesem Schritt werden die Einzelrisiken und das Gesamtrisiko ermittelt und

Schritt 8: Auswertung

Eine Auswertung und Aufbereitung des Ergebnisses schließt die Risikoanalyse ab

Der Zusammenhang zwischen diesen Schritten sowie die Einbettung der Risikoanalyse in den IT-Sicherheitsprozess ist in der folgenden Graphik dargestellt (vgl. [ISO/IEC 17025])



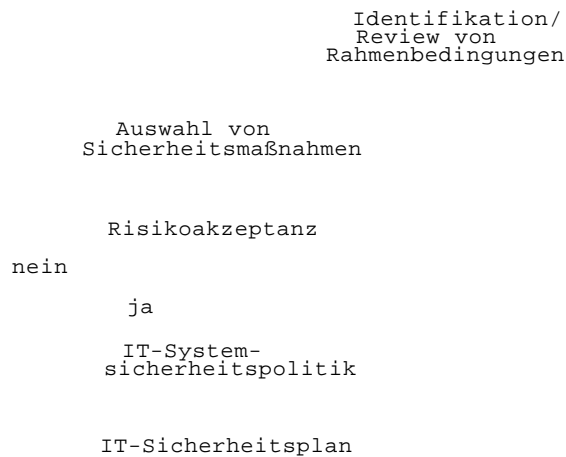


Abbildung 3.1: Risikomanagement mit detaillierter Risikoanalyse

Bei der Durchführung einer Risikoanalyse sind folgende Prinzipien zu beachten

- ü Das gesamte Verfahren muss transparent gemacht werden.
- ü Es dürfen keine versteckten Annahmen gemacht werden, die z.B. dazu führen, dass Bedrohungen unbetrachtet bleiben.
- ü Alle Bewertungen müssen begründet werden, um subjektive Einflüsse zu erkennen und weit wie möglich zu vermeiden.
- ü Alle Schritte müssen so dokumentiert werden, dass sie später auch für andere nachvollziehbar sind. Ein derartiges Vorgehen erleichtert auch eine spätere Aktualisierung des IT-Sicherheitskonzeptes.
- ü Der Aufwand für die Durchführung des Verfahrens sollte dem Wert der IT-Anwendung und den Werten der Institution im Allgemeinen angemessen sein.

In den nachfolgenden Kapiteln werden die einzelnen Schritte einer Risikoanalyse behandelt. Das vorliegende Handbuch gibt Hinweise und Unterstützung zur Durchführung dieser Schritte. Die Wahl einer konkreten Risikoanalysemethode sowie ein etwaiger Einsatz von Tools zur Unterstützung dieser Analyse bleiben der durchführenden Institution überlassen. Wichtig ist, dass alle der im Folgenden angeführten Schritte durchgeführt werden und die geforderten Ergebnisse liefern.

3.2.1 Abgrenzung des Analysebereiches

Vor Beginn einer Risikoanalyse ist es erforderlich, den zu analysierenden Bereich abzugrenzen. Dabei ist anzugeben, ob sich die Analyse auf Hardware, Software oder auf betrachteten IT-Systemen beschränkt oder ob und in welchem Ausmaß andere Werte wie Gebäude und Infrastruktur, Personen, immaterielle Güter, Fähigkeiten und Leistungen einbezogen werden sollen.

3.2.2 Identifikation der bedrohten Objekte (Werte, assets)

In diesem Schritt sind alle bedrohten Objekte innerhalb des festgestellten Analysebereiches liegen, zu erfassen.

Unter den bedrohten Objekten einer Organisation ist alles zu verstehen, was für den Betrieb des IT-Systems und der Anwendungen schutzbedürftig ist, also alle Objekte, von denen der Betrieb des IT-Systems und der Anwendungen und damit die Funktionsfähigkeit der Organisation abhängen. Dazu :

ü physische Objekte:

Gebäude, Infrastruktur, Hardware, Datenträger, Paperware,...

Version 1.0, Stand Oktober 1998

Seite 34 von 86

Page 36

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Kapitel 3: Risikoanalyse

ü logische Objekte:

Software, Daten, Information,...

ü Personen

ü Fähigkeiten:

Herstellen eines Produktes, Erbringen einer Dienstleistung,...

ü immaterielle Güter:

Image, Vertrauen in die Institution, gute Beziehungen zu anderen Organisationen

Zwischen den bedrohten Objekten bestehen grundsätzlich komplexe Abhängigkeiten. Die Vertraulichkeit, Integrität oder Verfügbarkeit eines Objektes setzt vielfach die Vertraulichkeit, Integrität oder Verfügbarkeit eines anderen Objektes voraus. Beispiele dafür sind:

- ü die Erfordernis einer funktionsfähigen Infrastruktur (Stromversorgung, Klimatisierung) für den Betrieb eines IT-Systems,
- ü die Abhängigkeit der Software von unversehrter und verfügbarer Hardware oder
- ü die Voraussetzung korrekter Applikations- und Betriebssystemsoftware für die Verarbeitung der Anwendungsdaten.

Die Identifizierung der bedrohten Objekte sowie ihre nachfolgende Bewertung sind wesentliche Voraussetzungen für ein erfolgreiches IT-Sicherheitsmanagement. Die Identifizierung der bedrohten Objekte und die Bewertung sind an die Erfordernissen im Einzelfall anzupassen, in welcher Tiefe und in welchem Umfang die einzelnen Objekte analysiert werden sollen; in vielen Fällen wird eine grobe Erfassung in Gruppen sinnvoll sein und beitragen, den Analyseaufwand zu begrenzen.

3.2.3 Wertanalyse

In diesem Schritt wird der Wert der im vorangegangenen Schritt identifizierte Objekte ermittelt. Die Wertanalyse umfasst im Einzelnen:

Aktion 1: Festlegung der Bewertungsbasis für Sachwerte

Aktion 2: Festlegung der Bewertungsbasis für immaterielle Werte

Aktion 3: Ermittlung der Abhängigkeiten zwischen den Objekten

Aktion 4: Bewertung der bedrohten Objekte

3.2.3.1 Festlegung der Bewertungsbasis für Sachwerte

Zunächst ist zu entscheiden, ob die Bewertung quantitativ oder qualitativ erfolgt.

Eine quantitative Bewertung kann etwa beruhen auf
 ü dem Zeitwert eines Objektes,

ü dem Wiederbeschaffungswert eines Objektes,
 ü dem Wert, den das Objekt für einen potentiellen Angreifer hätte, oder
 ü dem Schaden, der sich aus dem Verlust oder der Modifikation eines zu schützenden
 Objektes für die betroffene Organisation ergibt.

Eine qualitative Bewertung erfolgt durch Einteilung in Klassen. Beispiele hier:
 ü 3-stufige Bewertung: gering - mittel - hoch
 ü 5-stufige Bewertung: unbedeutend - gering - mittel - hoch - sehr hoch

3.2.3.2 Festlegung der Bewertungsbasis für immaterielle Werte

Auch für immaterielle Werte, wie etwa Bewahrung des guten Rufes oder Gewährleistung
 Vertraulichkeit, kann eine quantitative oder eine qualitative Bewertungsbasis
 werden.

Eine quantitative Bewertung kann in diesem Fall beruhen auf
 ü dem Wert, den das Objekt für einen potentiellen Angreifer hätte (z.B. vertrauliche
 Information), oder
 ü dem Schaden, der sich aus einem Angriff auf das zu schützende Objekt für die
 Organisation ergibt.

Eine qualitative Bewertung erfolgt wiederum durch Zuordnung diskreter Werte u:
 einer Einteilung in Klassen. Beispiele hierfür sind etwa:
 ü 3-stufige Bewertung: gering - mittel - hoch
 ü 5-stufige Bewertung: unbedeutend - gering - mittel - hoch - sehr hoch

3.2.3.3 Ermittlung der Abhängigkeiten zwischen den Objekten

Es ist wichtig, auch die gegenseitige Abhängigkeit von Objekten festzustellen
 auf die Bewertung der einzelnen zu schützenden Objekte haben kann.
 So ist etwa die Funktionsfähigkeit der Hardware abhängig von der Funktionsfähig:
 Stromversorgung und ev. der Klimaanlage. Die Integrität von Information beding:
 Integrität und Verfügbarkeit der Hard- und Software, die zu ihrer Verarbeitung
 Speicherung eingesetzt wird.

3.2.3.4 Bewertung der bedrohten Objekte

Mit Ausnahme der Festsetzung von Zeit- oder Wiederbeschaffungswert wird die Bewertung von bedrohten Objekten i.a. sehr subjektiv sein. Es ist daher notwendig, im Risikoanalyse:

- ü möglichst genaue Bewertungsbasen und Regeln vorzugeben und diese eventuell mit Beispielen zu illustrieren,
- ü möglichst viele unterschiedliche Personen nach ihrer Einschätzung zu befragen

Durchführung:

- ü Die Person, die die Risikoanalyse durchführt, erstellt eine Liste der zu bewerten und gibt die Bewertungsbasen vor.
- ü Die Bewertung sollte durch die Applikations-/Projektverantwortlichen sowie die betroffenen Benutzer vorgenommen werden.
- ü Unterstützung in der Bewertung kann von verschiedenen Abteilungen, etwa Finanz, Einkauf, EDV, ... kommen.
- ü Es ist Aufgabe desjenigen, der die Risikoanalyse durchführt, die einzelnen Bewertungen auf Plausibilität und Konsistenz zu prüfen und ein konsolidiertes Ergebnis zu erstellen.

Ergebnis der Wertanalyse:

Aufstellung der bedrohten Objekte und ihres Wertes für die Organisation.

3.2.4 Bedrohungsanalyse

Lt. [ISO/IEC 13335] ist eine Bedrohung ein "möglicher Anlass für ein unerwünschtes Ereignis, das zu einem Schaden für das System oder die Organisation führen kann".

Die zu schützenden Objekte sind vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt. Im Rahmen der Risikoanalyse müssen diese identifiziert werden, weiters ist ihre Schwere und Wahrscheinlichkeit abzuschätzen.

Bedrohungen sind charakterisiert durch:

- ü ihren Ursprung:
 - Bedrohungen durch die Umwelt oder durch den Menschen, wobei letztere wieder in absichtliche oder zufällige Bedrohungen zu unterteilen sind; im Falle absichtlicher Bedrohungen ist weiters zwischen Innentätern und Außentätern zu unterscheiden
- ü die Motivation:
 - etwa finanzieller Gewinn, Wettbewerbsvorteil, Rache, Geltungssucht, Publicity
- ü die Häufigkeit des Auftretens

ü die Größe des Schadens, der durch diese Bedrohung verursacht werden kann

Für einige umweltbedingte Bedrohungen (etwa Erdbeben, Blitzschlag,...) liegen Daten vor, die für die Einschätzung hilfreich sein können.

Die Bedrohungsanalyse umfasst im Einzelnen:

Aktion 1: die Identifikation möglicher Bedrohungen

Aktion 2: die Ermittlung der Eintrittswahrscheinlichkeiten

3.2.4.1 Identifikation möglicher Bedrohungen

Bedrohungen können unterteilt werden in:

- ü Höhere Gewalt
(etwa Blitzschlag, Feuer, Erdbeben, Personalausfall)
- ü Organisatorische Mängel
(etwa fehlende oder unzureichende Regelungen für Wartung, Dokumentation, Testfreigabe, fehlende Auswertung von Protokolldaten, mangelhafte Kennzeichnung Datenträgern)
- ü Menschliche Fehlhandlungen
(etwa fehlerhafte Systemnutzung oder -administration, fahrlässige Zerstörung oder Daten, Nichtbeachtung von Sicherheitsmaßnahmen)
- ü Technisches Versagen
(etwa Ausfall von Versorgungs- und Sicherheitseinrichtungen, Softwarefehler, Datenträger)
- ü Vorsätzliche Handlungen
(etwa Manipulation/Zerstörung von Geräten, Manipulation an Daten oder Software, trojanische Pferde, Abhören, Wiedereinspielen von Nachrichten, Nichtanerkennung Nachricht, Maskerade)

Es ist wichtig, alle wesentlichen Bedrohungen zu erfassen, da andernfalls Sicherheitsmaßnahmen bestehen bleiben können.

Bei der Identifikation von möglichen Bedrohungen können Bedrohungskataloge hilfreich sein, die den Charakter von Checklisten haben. Solche Kataloge finden sich etwa in [ISO/IEC 27007 ff und in [ISO/IEC 13335-3], Annex C. Es ist jedoch zu betonen, dass keine Liste vollständig sein kann, und darüber hinaus auch Bedrohungen einem ständigen und einer ständigen Weiterentwicklung unterworfen sind. Es ist daher immer noch Bedrohungskataloge hinaus auch die Möglichkeit weiterer Bedrohungen in Betracht zu ziehen.

In diesem Schritt ist auch zu überlegen, von wem eine Bedrohung jeweils ausgeht (Mitarbeiter, Leasingpersonal, Externe). Der Schutz gegen Innentäter ist mit te

Maßnahmen oft nur unzureichend oder mit sehr hohem Aufwand zu bewerkstelligen in verstärktem Maß auf personelle und organisatorische Maßnahmen zurückzugreifen.

3.2.4.2 Ermittlung der Eintrittswahrscheinlichkeiten

In diesem Schritt ist zu bestimmen, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine Bedrohung im betrachteten Umfeld eintreten wird. Diese ist abhängig von:

- ü der Häufigkeit der Bedrohung (Wahrscheinlichkeit des Auftretens anhand von

- Statistiken,...),
- ü der Motivation und den vorausgesetzten Fähigkeiten und Ressourcen eines potentiellen Angreifers,
- ü Einschätzung der Attraktivität und Verwundbarkeit des IT-Systems bzw. seiner Komponenten,
- ü Umweltfaktoren und organisationsspezifischen Einflüssen.

Auch die Eintrittswahrscheinlichkeit kann quantitativ oder qualitativ bewertet werden.

Da eine quantitative Bewertung in vielen Fällen eine Genauigkeit vortäuschen kann, die durch die ungenaue Methode der Schätzung nicht zu rechtfertigen ist, ist in der Regel ein Trend in Richtung qualitative Bewertung zu erkennen.

Bewährt haben sich hier etwa drei- bis fünfteilige Skalen, wie beispielsweise

- 4: sehr häufig
- 3: häufig
- 2: mittel
- 1: selten
- 0: sehr selten

Diese allgemeinen Bedeutungen der Skalenwerte sind für den spezifischen Anwendungszweck zu konkretisieren. Im Allgemeinen werden sie in "Anzahl pro Zeiteinheit" angegeben. Es sollten so festgelegt werden, dass die Bedeutung der Ziffern von 0 bis 4 gleich bleibt.

Beispiel:

- 4: einmal pro Minute
- 3: einmal pro Stunde
- 2: einmal pro Tag
- 1: einmal pro Monat
- 0: einmal im Jahr

Es kann durchaus sinnvoll oder sogar erforderlich sein, für verschiedene Anwendungszwecke unterschiedliche Auslegungen der Werteskala zu definieren.

Ergebnis der Bedrohungsanalyse:

Liste von Bedrohungen, der von ihnen bedrohten Objekte, und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeiten.

3.2.5 Schwachstellenanalyse

Unter einer Schwachstelle versteht man eine Sicherheitsschwäche eines oder mehrerer Objekte, die durch eine Bedrohung ausgenutzt werden kann.

Schwachstellen können etwa bei Gebäuden, Hardware, Software, in der Organisationsstruktur sowie beim Personal auftreten.

Typische Beispiele für Schwachstellen sind etwa:

- ü Mangelnder baulicher Schutz von Räumen mit IT-Einrichtungen (Bereich Gebäude)
- ü Nachlässige Handhabung von Zutrittskontrollen (Bereich Gebäude)
- ü Spannungs- oder Temperaturschwankungen (Bereich Hardware)
- ü kompromittierende Abstrahlung (Bereich Hardware)

- ü Spezifikations- und Implementierungsfehler (Bereich Software)
- ü schwache Passwortmechanismen (Bereich Software)
- ü unzureichende Ausbildung, mangelndes Sicherheitsbewusstsein (Bereich Person)

Eine Schwachstelle selbst verursacht noch keinen Schaden, sie ist aber die Voraussetzung für eine Bedrohung, die es einer Bedrohung ermöglicht, wirksam zu werden und damit ein IT-System zu beeinträchtigen. Auf Schwachstellen, für die eine korrespondierende Bedrohung existiert, sollte daher sofort reagiert werden.

Eine **Schwachstellenanalyse** ist die Überprüfung von Sicherheitsschwächen, die durch festgestellte Bedrohungen ausgenutzt werden können. Diese Analyse muss sowohl das vorhandene als auch bereits vorhandene Schutzmaßnahmen miteinbeziehen. Es ist wichtig, jede Schwachstelle daraufhin zu bewerten, wie leicht es ist, sie auszunutzen.

Beispielhafte Auflistungen von Schwachstellen, die auf typische Problembereiche abzielen, finden sich etwa in [ISO/IEC 13335-3], Annex D sowie in [BSI 7105], S 199 ff.

Ergebnis der Schwachstellenanalyse:

Liste von potentiellen Schwachstellen mit Angaben darüber, wie leicht diese für einen Angreifer ausgenutzt werden können.

3.2.6 Identifikation bestehender Sicherheitsmaßnahmen

Sicherheitsmaßnahmen sind Verfahrensweisen, Prozeduren und Mechanismen, die eine oder mehrere der nachfolgenden Funktionen erfüllen:

- ü Vermeidung von Risiken,
- ü Verkleinerung von Bedrohungen oder Schwachstellen,
- ü Entdeckung unerwünschter Ereignisse,
- ü Eingrenzung der Auswirkungen eines unerwünschten Ereignisses,
- ü Überwälzung von Risiken oder
- ü Wiederherstellung eines früheren Zustandes.

Wirksame IT-Sicherheit verlangt im Allgemeinen eine Kombination von verschiedenen Arten von Maßnahmen.

Da die Sicherheitsmaßnahmen, die aufgrund einer Risikoanalyse ausgewählt werden, zusätzlich zu bereits bestehenden Maßnahmen eingeführt werden sollen, ist es notwendig, die bereits existierenden oder geplanten Sicherheitsmaßnahmen zu identifizieren und deren Auswirkungen zu überprüfen, um unnötigen Aufwand zu vermeiden.

Stellt sich heraus, dass eine bereits existierende oder geplante Maßnahme ihre Wirkung nicht gerecht wird, so ist zu prüfen, ob sie ersatzlos entfernt, durch andere Maßnahmen ersetzt oder aus Kostengründen belassen werden soll.

Im Rahmen dieses Schrittes sollte auch geprüft werden, ob die bereits existierenden Sicherheitsmaßnahmen korrekt zum Einsatz kommen. Falsch oder unvollständig eingesetzte Sicherheitsmaßnahmen stellen eine zusätzliche potentielle Schwachstelle eines Systems dar.

Ergebnis:

Aufstellung aller bereits existierenden oder geplanten Sicherheitsmaßnahmen mit Angabe ihrer Wirkung.

ihren Implementierungsstatus und ihren Einsatz.

3.2.7 Risikobewertung

Ein Risiko ist die Möglichkeit, dass eine Bedrohung unter Ausnutzung einer Schwachstelle Schaden an einem Objekt oder den Verlust eines Objektes und damit direkt oder indirekt Schaden verursacht.

Ziel dieses Schrittes ist es, die Risiken, denen ein IT-System und seine Objekte ausgesetzt sind, zu erkennen und zu bewerten, um auf dieser Basis geeignete und angemessene Sicherheitsmaßnahmen auswählen zu können.

Version 1.0, Stand Oktober 1998

Seite 41 von 86

Page 43

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Kapitel 3: Risikoanalyse

Risiken sind eine Funktion folgender Parameter:

- ü Wert der bedrohten Objekte (Schadensausmaß),
- ü Möglichkeit, eine Schwachstelle durch eine Bedrohung auszunutzen,
- ü Eintrittswahrscheinlichkeit einer Bedrohung,
- ü bereits existierende oder geplante Sicherheitsmaßnahmen, die dieses Risiko mindern könnten.

Wie diese Größen miteinander verknüpft werden, um die Höhe der Einzelrisiken und Gesamtrisikos zu bestimmen, ist abhängig von der gewählten Risikoanalysemethode. Es können quantitative oder qualitative Bewertungen vorgenommen oder aber beide Methoden kombiniert werden. [ISO/IEC 13335-3] gibt in Annex E vier Beispiele für die Risikobewertung.

Im IT-Sicherheitshandbuch des BSI wird eine quantitative Bewertung des Risikos durch Wertepaaren (Schadensausmaß, Eintrittswahrscheinlichkeit) und anschließend eine Bewertung der Risiken in "tragbare" und "untragbare" vorgenommen ([BSI 7105], S. 63ff und 64).

Es ist zu beachten, dass jegliche Änderung an Werten, Bedrohungen, Schwachstellen oder Sicherheitsmaßnahmen bedeutenden Einfluss auf die Einzelrisiken und auf das Gesamtrisiko haben kann.

Ergebnis:

Quantitative oder qualitative Bewertung von Einzelrisiken und Gesamtrisiko für den betrachteten Analysebereich.

3.2.8 Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse

Der adäquaten Aufbereitung, Auswertung und Interpretation der Ergebnisse einer Risikoanalyse kommen wachsende Bedeutung zu. Da die Risikoanalyse auch als Grundlage für weitreichende weiterführende Entscheidungen dient, ist auf eine klare Darstellung sowie eine umfassende Ergebnisdarstellung zu achten. Hilfreich dabei sind graphische und tabellarische Darstellungen.

3.3 Grundschutzansatz

Die im Rahmen dieses Handbuches empfohlene Vorgehensweise zur Grundschutzanalyse im Wesentlichen den Vorgaben des IT-Grundschutzhandbuches des BSI ([BSI GS HB] diesem Kapitel wird eine kurze Zusammenfassung des Verfahrens, angepasst an die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung in Österreich, gegeben. Details zum Verfahrenskatalog von Grundschutzmaßnahmen finden sich in [BSI GS HB]. Darüber hinaus können weitere Grundschutzkataloge herangezogen werden, wie etwa [ISO 13569], [BS 777] oder eigen erstellte Kataloge aufgrund spezifischer Anforderungen (s.u.).

3.3.1 Die Idee des IT-Grundschatzes

Ziel des Grundschutzansatzes ist es, den Aufwand für die Erstellung eines IT-Sicherheitskonzeptes angemessen zu begrenzen.

Dies wird dadurch erreicht, dass von einer pauschalisierten Gefährdungslage aus damit auf eine detaillierte Risikoanalyse verzichtet wird. Die Auswahl der zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen erfolgt auf der Basis vorgegebener Kataloge.

Die Vorteile dieser Vorgehensweise sind:

- ü Der Aufwand für die Risikoanalyse wird stark reduziert.
- ü Der Einsatz von Grundschutzmaßnahmen führt schnell zu einem relativ hohen Niveau an Sicherheit gegen die häufigsten Bedrohungen.
- ü Grundschutzmaßnahmen sind meist - da stark verbreitet und in einer Vielzahl von Organisationen im Einsatz - relativ kostengünstig und schnell zu implementieren.

Dem stehen folgende Nachteile gegenüber:

- ü Der Grundschutzlevel kann für das betrachtete System zu hoch oder zu niedrig sein. Wenn er zu hoch, werden unnötige finanzielle und personelle Ressourcen verbraucht, wenn er zu niedrig, bleiben unter Umständen untragbare Risiken bestehen.
- ü Aufgrund der fehlenden Risikoanalyse kann unter Umständen eine angemessene Reaktion auf sicherheitsrelevante Hard- oder Softwareänderungen schwierig sein.

Die Wahl eines Grundschutzansatzes wird daher in zwei Fällen empfohlen:

- ü Falls in einem Bereich (IT-System, Abteilung,...) noch keine oder offensichtlich schwache Sicherheitsmaßnahmen vorhanden sind, kann die Realisierung von Grundschutzmaßnahmen dazu beitragen, rasch ein relativ gutes Niveau an IT-Sicherheit zu erreichen. In diesem Fall sollte aber in einem nachfolgenden Schritt geprüft werden, ob das erreichte Niveau bereits ausreichend ist oder weitere Analysen und Maßnahmen erforderlich sind.

ü Als Teil eines umfassenden Risikoanalysekonzeptes ("kombinierter Ansatz"):
Wird zunächst in einem ersten Schritt festgestellt, welche IT-Systeme beson-
schutzbedürftig sind ("Schutzbedarfsfeststellung"), so besteht die Möglichke
aufwand für die Risikoanalyse und die Auswahl spezifischer Sicherheitsmaßna
diese hochschutzbedürftigen Systeme zu konzentrieren. Für alle anderen Syst
Grundschutzmaßnahmen eingesetzt werden, ohne damit unangemessene Sicherheits
einzugehen. Details dazu s. Kap. 3.4.

3.3.2 Grundschutzanalyse und Auswahl von Maßnahmen

Im Folgenden wird ein reiner Grundschutzansatz beschrieben, d.h. es wird dav
dass entweder bereits eine Schutzbedarfsfeststellung erfolgt ist und damit di
identifiziert sind, für die der IT-Grundschutz zu konzipieren ist, oder dass l
ein reiner Grundschutzansatz gewählt wird. Ein kombinierter Ansatz und die St
Grundschutzes in einem solchen wird im nachfolgenden Kapitel beschrieben.

Die im Folgenden beschriebene Vorgehensweise ist dem IT-Grundschutzhandbuch de
[BSI GSHB] entnommen und baut auch auf den dort vorgesehenen sehr umfangreiche
Maßnahmenkatalogen auf. Bei Bedarf können einer Grundschutzanalyse - ergänzend
alternativ - auch andere Maßnahmenkataloge zugrunde gelegt werden.

Eine kurze Beschreibung der heute bekanntesten Standardwerke dazu, die jeweil
Inhaltsverzeichnisse sowie die Kontaktadressen finden sich im PDTR [ISO/IEC 1
Dort werden auch weitere, sektorspezifische Dokumente zum IT-Grundschutz ange
Darüber hinaus kann es auch sinnvoll sein, für einzelne Bereiche eigene, an d
Anforderungen angepasste Maßnahmenkataloge zu erstellen.

Anmerkung:

In Teil 2 des gegenständlichen Sicherheitshandbuches werden spezifische Maßna
für die öffentliche Verwaltung in Österreich erarbeitet.

Vorgehensweise (lt. [BSI GSHB]):

Aktion 1: Abbildung des IT-Systems durch vorhandene Bausteine

Aktion 2: Lesen des jeweiligen Bausteins

Aktion 3: Lesen der Maßnahmenbeschreibungen

Aktion 4: Soll-Ist-Vergleich zwischen vorhandenen und empfohlenen Maßnahmen

Das folgende Bild (aus [BSI GSHB]) gibt eine graphische Darstellung des Ablaufs

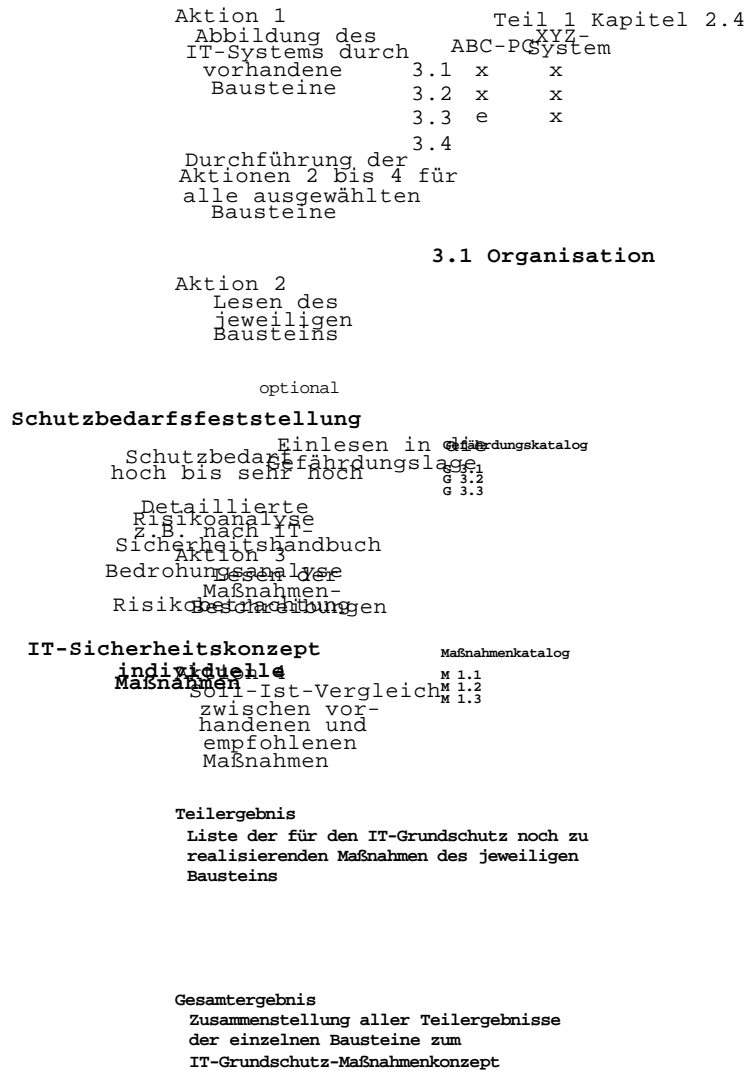


Abbildung 3.2: Vorgehensweise zur IT-Grundschatzanalyse nach dem IT-Grundschatzhandbuch des BSI

3.3.2.1 Abbildung des IT-Systems durch vorhandene Bausteine

Unter Rückgriff auf das IT-Grundschatzhandbuch des BSI, das nach einem "Baukasten" aufgebaut ist, wird bis zum Erscheinen des Teiles 2 dieses Sicherheitshandbuchs dort bestehenden Kataloge (siehe auch Kap. 4.1.4 dieses Handbuches) verwiesen einzelnen "Bausteine", also die entsprechenden Kapitel und Unterkapitel des Handbuchs, denen ein reales IT-System nachgebildet werden kann, sind in drei Gruppen zusammengefasst (Stand des IT-Grundschatzhandbuches 1998):

- * übergeordnete oder grundlegende Komponenten:
 - * Organisation
 - * Personal
 - * Notfallvorsorge-Konzept
 - * Datensicherungskonzept
 - * Datenschutz
- * Infrastruktur:
 - * Gebäude
 - * Verkabelung
 - * Räume
 - * Schutzschranke
 - * Häuslicher Arbeitsplatz
- * IT-spezifische Bausteine aus folgenden Bereichen:
 - * nicht-vernetzte Systeme
 - * vernetzte Systeme
 - * Datenübertragungseinrichtungen
 - * Telekommunikation
 - * sonstige IT-Komponenten

So wie das IT-Grundschriftbuch des BSI ständig fortgeschrieben und um neue ergänzt wird, ist auch dieses Handbuch nicht statisch, sondern erfolgt eine l Aktualisierung (siehe insbesondere Teil 2).

Die in dieser Aktion zu leistende Aufgabe besteht darin, das reale IT-System c handenen Bausteine möglichst genau nachzubilden.

Wurde bereits ein IT-Grundschrift-Maßnahmenkonzept für das IT-System erstellt, überprüft werden, ob in der aktuellen Version des IT-Grundschriftbuches ne beschrieben werden, die zusätzlich zur Abbildung des IT-Systems genutzt werden damit zusätzlich bearbeitet werden sollten.

3.3.2.2 Lesen des jeweiligen Bausteins

Nun werden die in Aktion 1 ausgewählten Kapitel (= Bausteine) bearbeitet. Jede Kapitel ist gleichermaßen aufgebaut: nach einer einführenden Beschreibung folgt Aufzählung pauschal für den IT-Grundschrift angenommener Gefährdungen und die Empfehlung der hiergegen wirkenden Maßnahmen.

Es werden 5 Gruppen von Gefährdungen unterschieden:

- ü Höhere Gewalt
- ü Organisatorische Mängel
- ü Menschliche Fehlhandlungen
- ü Technisches Versagen
- ü Vorsätzliche Handlungen

Die Maßnahmen sind in 6 Bereiche gegliedert:

- ü Infrastruktur
- ü Organisation
- ü Personal

- ü Hardware/Software
- ü Kommunikation
- ü Notfallvorsorge

Eine ausführliche Beschreibung der Maßnahmen und Gefährdungen wird in Teil 2 (gegenständlichen Sicherheitshandbuches vorgenommen und ist auch in den Katalogen bzw. M1 - M6 des IT-Grundschutzhandbuches enthalten.

3.3.2.3 Lesen der Maßnahmenbeschreibungen

Bei der Bearbeitung eines Kapitels ist es unbedingt erforderlich, die empfohlenen **und** die dazu existierenden Maßnahmenbeschreibungen in den Katalogen sorgfältig zu lesen. Nur so kann der angestrebte Soll-Ist-Vergleich erfolgreich durchgeführt werden.

Neben der eigentlichen Empfehlung, wie die einzelnen Maßnahmen umzusetzen sind, sind beispielhaft Verantwortliche genannt, die die Initiierung bzw. die Umsetzung der Maßnahmen typischerweise bewerkstelligen sollen. Weiterhin werden ergänzende Kontrollfragen angegeben, die zur Beurteilung der umgesetzten Maßnahmen und für Revisionszwecke hilfreich sein können.

3.3.2.4 Soll-Ist-Vergleich zwischen vorhandenen und empfohlenen Maßnahmen

Das SOLL besteht aus den in den einzelnen Bausteinen empfohlenen Maßnahmen. Der Vergleich mit den vorhandenen Maßnahmen ergibt als Resultat die Maßnahmen, die für den IT-Grundschutz umzusetzen gilt.

Vorgehen bei Abweichungen:

Für die Errichtung eines IT-Grundschutzes sollten alle im Baustein vorgeschlagenen Grundschutzmaßnahmen umgesetzt werden, es besteht jedoch die Möglichkeit, dass in bestimmten Einsatzumgebungen empfohlene Grundschutzmaßnahmen nicht umgesetzt werden können oder sollten. Diese Abweichung von der Empfehlung ist dann zu dokumentieren und zu begründen.

An dieser Stelle sollten auch eventuell vorhandene über den IT-Grundschutz hinausgehende IT-Sicherheitsmaßnahmen herausgearbeitet und dokumentiert werden.

Ergebnis:

Die beschriebene Vorgehensweise liefert als Ergebnis eine Liste von Maßnahmen, die für die Erreichung des IT-Grundschutzes noch umzusetzen gilt.

3.4 Kombiniertes Ansatz

Die Stärken beider oben diskutierter Risikoanalysestrategien - Zeit sparende und kostengünstiger IT-Sicherheitsmaßnahmen durch Grundschutzanalysen und wirksame Reduktion der Risiken durch gezielte Maßnahmen - werden im kombinierten Ansatz genutzt.

noner Sicherheitsrisiken durch detaillierte Risikoanalysen - kommen in einem kombinierten Ansatz zum Tragen.

Dabei wird zunächst ermittelt, welche IT-Systeme hohe oder sehr hohe Sicherheitsanforderungen haben, und welche niedrige bis mittlere haben (Schutzbedarfsfeststellung). Ergebnis dieses Schrittes ist eine Einteilung in zwei Schutzbedarfskategorien "niedrig bis mittel" und "hoch bis sehr hoch".

IT-Systeme der Schutzbedarfskategorie "niedrig bis mittel" werden einer Grundschutzanalyse unterzogen, während IT-Systeme der Schutzbedarfskategorie "hoch bis sehr hoch" einer detaillierten Risikoanalyse zu unterziehen sind, auf deren Basis individuelle Schutzmaßnahmen ausgewählt werden.

Die nachfolgende Abbildung (aus [BSI GSHB]) verdeutlicht den Zusammenhang zwischen den beiden Vorgehensweisen.

Abbildung 3.3: Zusammenhang zwischen IT-Grundschutz und detaillierter Risikoanalyse

Stärken und Schwächen eines kombinierten Ansatzes:

- ü Die Vorgehensweise ermöglicht es, rasch einen relativ guten Sicherheitslevel für alle IT-Systeme zu realisieren.
- ü Die in der Schutzbedarfsfeststellung erarbeiteten Erkenntnisse können die Grundlage für eine Prioritätenreihung für die nachfolgenden Aktivitäten bilden.
- ü Der Aufwand kann auf hochsicherheitsbedürftige Systeme konzentriert werden.
- ü Das Verfahren findet i.a. hohe Akzeptanz, da es mit verhältnismäßig geringem Initialaufwand rasch sichtbare Erfolge bringt.
- ü Grundsätzlich besteht beim kombinierten Ansatz das Risiko, dass ein hochschutzbedürftiges IT-System fälschlicherweise in die Schutzbedarfskategorie "niedrig bis mittel" eingeordnet wird. Da solche Systeme aber auf jeden Fall durch Grundschutzmaßnahmen geschützt werden, besteht zumindest ein gewisses Sicherheitsniveau. Außerdem ist zu erwarten, dass im Rahmen einer Grundschutzanalyse eventuell bestehende höhere Sicherheitsanforderungen erkannt werden und damit in einem nächsten Schritt behandelt werden können.

Empfehlung:

Aus diesen Gründen wird empfohlen, als Risikoanalysestrategie einen kombinierten Ansatz zu wählen.

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
 Kapitel 3: Risikoanalyse

3.4.1 Festlegung von Schutzbedarfskategorien

Voraussetzung für eine Schutzbedarfsfeststellung ist die Festlegung von Schutzbedarfskategorien.

Abweichend vom [BSI GSHB], das drei Schutzbedarfskategorien vorsieht, geht die Handbuch von zwei Kategorien aus:

Schutzbedarfskategorie "niedrig bis mittel":
 Die Schadensauswirkungen sind begrenzt und überschaubar. Maßnahmen des IT-Grundsicherheits schutzes reichen im Allgemeinen aus.

Schutzbedarfskategorie "hoch bis sehr hoch":
 Die Schadensauswirkungen können beträchtlich sein oder sogar ein existentiell katastrophales Ausmaß erreichen. IT-Grundsicherheitsmaßnahmen alleine reichen ggf. nicht aus, die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen sollten individuell auf Basis einer Risikoanalyse ermittelt werden.

Orientierungshilfe:
 Die nachfolgende Tabelle gibt eine Orientierungshilfe für die Festlegung der Schutzbedarfskategorien und damit die Klassifizierung der Anwendungen anhand der maximal möglichen Schäden anhand von beispielhaften Grenzwerten. Jede Organisation sollte für sich festlegen, ob diese Klassifikation ihren Anforderungen entspricht und gegebenenfalls eigene Einordnungen festlegen.
 Weiters ist darauf hinzuweisen, dass die in der Tabelle angeführten sieben Schutzbedarfskategorien nicht vollständig sein müssen. Für alle Schäden, die sich nicht in diesen Kategorien lassen, ist ebenfalls eine Aussage zu treffen, wo die Grenze zwischen "niedrig bis mittel" und "hoch bis sehr hoch" zu ziehen ist.

	Schutzbedarfskategorie "niedrig bis mittel"	Schutzbedarfskategorie "hoch bis sehr hoch"
1. Verstoß gegen Gesetze, Vorschriften oder Verträge	* Verstöße gegen Vorschriften und Gesetze mit geringfügigen Konsequenzen	* Schwere Verstöße gegen Gesetze und Vorschriften (Strafverfolgung)
	* Geringfügige Vertragsverletzungen mit geringen Konventionalstrafen	* Vertragsverletzungen mit hohen Konventionalstrafen oder Haftungserschäden
	* Ein möglicher Missbrauch personenbezogener Daten hat nur geringfügige Auswirkungen auf die gesellschaftliche Stellung oder wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen.	* Ein möglicher Missbrauch personenbezogener Daten hat erhebliche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Stellung oder die wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen (Verlust der Vertraulichkeit oder Integrität sensibler Daten)

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
 Kapitel 3: Risikoanalyse

2. Beeinträchtigung der persönlichen Unversehrtheit	* Eine Beeinträchtigung erscheint möglich.	* Nicht über Bagatelverletzungen hinausgehende Beeinträchtigung der persönlichen Unversehrtheit kann nicht absolut ausgeschlossen werden.
3. Beeinträchtigung der Aufgabenerfüllung	* Es kann zu einer leichten bis maximal mittelschweren Beeinträchtigung der Aufgabenerfüllung kommen. * Eine Zielerreichung ist mit vertretbarem Mehraufwand möglich	* Es kann zu einer schweren Beeinträchtigung der Aufgabenerfüllung bis hin zur Handlungsunfähigkeit der betroffenen Organisation kommen. * Bedeutende Zielabweichung in Qualität und/oder Quantität.
4. Vertraulichkeit der verarbeiteten Information	* Es werden nur Daten der Sicherheitsklassen und OFFEN verarbeitet bzw. VERTRAULICH gespeichert.	* Es werden auch Daten der Sicherheitsklassen und/oder GEHEIM verarbeitet bzw. SENSIBEL gespeichert.
5. Dauer der Verzichtbarkeit	* Die maximal tolerierbare Ausfallszeit der Anwendung beträgt mehrere Stunden bis mehrere Tage (d.h. die Applikation ist in Verfügbarkeitsklasse 2 oder 3 lt. Bsp. in Kap. 2.2.6 eingestuft)	* Die maximal tolerierbare Ausfallszeit des Systems beträgt lediglich einige Minuten (Verfügbarkeitsklasse 1 lt. Bsp. in Kap. 2.2.6)
6. Negative Außenwirkung	* Eine geringe bzw. nur interne Ansehens- oder Vertrauensbeeinträchtigung ist zu erwarten	* Eine breite Beeinträchtigung des Vertrauens in die Organisation oder ihr Ansehen ist zu erwarten.
7. Finanzielle Auswirkungen	* Der finanzielle Schaden ist kleiner als (z.B.) ATS 1.000.000.-	* Der zu erwartende finanzielle Schaden ist größer als (z.B.) ATS 1.000.000.-

Abbildung 3.4: Beispiel für die Festlegung der Schutzbedarfskategorien

3.4.2 Schutzbedarfsfeststellung

Die Schutzbedarfsfeststellung bildet die Grundlage für eine Entscheidung über die weitere Vorgehensweise und ist daher mit entsprechender Sorgfalt durchzuführen.

Die Schutzbedarfsfeststellung erfolgt in 3 Schritten:

- Schritt 1: Erfassung aller vorhandenen oder geplanten IT-Systeme
- Schritt 2: Erfassung der IT-Anwendungen und Zuordnung zu den einzelnen IT-Systemen
- Schritt 3: Schutzbedarfsfeststellung für jedes IT-System

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
 Kapitel 3: Risikoanalyse

3.4.2.1 Erfassung aller vorhandenen oder geplanten IT-Systeme

Zunächst werden die vorhandenen und geplanten IT-Systeme aufgelistet. Hierbei technische Realisierung eines IT-Systems im Vordergrund, z. B. stand-alone PC, Client, Unix-Server, TK-Anlage. An dieser Stelle soll nur das System als solches werden (z. B. Unix-Server), nicht die einzelnen Bestandteile, wie Rechner, Tastatur, Bildschirm, Drucker etc., aus denen das IT-System zusammengesetzt ist.

Sollte eine so große Anzahl von IT-Systemen vorhanden sein, dass eine vollständige Liste nicht angemessen erscheint, so kann man gleiche IT-Systeme zu Gruppen zusammenfassen, wenn von Anwendungsstruktur und -ablauf vergleichbare IT-Anwendungen auf diesen Systemen laufen. Dies gilt insbesondere für PCs, die oft in großer Anzahl vorhanden sind.

3.4.2.2 Erfassung der IT-Anwendungen und Zuordnung zu den einzelnen IT-Systemen

Ziel dieses Schrittes ist es, alle oder zumindest die wichtigsten auf dem betrieblich laufenden oder geplanten IT-Anwendungen zu erfassen.

Diese sollten anschließend - soweit zu diesem Zeitpunkt bereits möglich - nach Sicherheitsbedarf vorsortiert werden. Dabei sind zuerst diejenigen Anwendungen zu benennen, die zu den jeweiligen IT-Systemen zu benennen, die zu deren Daten/Informationen und Programme den höchsten Bedarf an Vertraulichkeit haben, die zu deren Daten/Informationen und Programme den höchsten Bedarf an Integrität haben und die die kürzeste tolerierbare Ausfallszeit haben.

Anmerkung:

Als Basis für die Erfassung der IT-Systeme und der darauf laufenden oder geplanten Anwendungen können im Bereich der öffentlichen Verwaltung in Österreich beispielsweise 4-Jahres-Konzepte (strategische IT-Planung) sowie der jährliche ADV-Bericht für die öffentliche Verwaltung dienen.

3.4.2.3 Schutzbedarfsfeststellung für jedes IT-System

In dieser Phase soll die Frage beantwortet werden, welche Schäden zu erwarten sind, wenn Vertraulichkeit, Integrität oder Verfügbarkeit einer IT-Anwendung und/oder der zugehörigen Informationen ganz oder teilweise verloren gehen. Die zu erwartenden Schäden bestimmen den Schutzbedarf. Dabei ist es unbedingt auch erforderlich, die Applikations-/Projektverantwortlichen und die Benutzer der betrachteten IT-Anwendungen nach ihrer Einschätzung befragen.

Als Orientierungshilfe für die Einordnung von IT-Anwendungen in Schutzbedarfskategorien kann die in Abbildung 3.4 angeführte Tabelle bzw. eine den spezifischen Anforderungen der Organisation entsprechende modifizierte Tabelle dienen.

Die Ermittlung des Schutzbedarfes erfolgt nach dem Maximum-Prinzip. Sind für eine Anwendung mehrere IT-Systeme vorhanden, so ist der Schutzbedarf der Anwendung dem höchsten Schutzbedarf der zugehörigen IT-Systeme zuzuordnen.

System laufenden Anwendungen nur niedrige bis mittlere potentielle Schäden erl
so ist das gesamte System in die Schutzbedarfskategorie "niedrig bis mittel" .
Realisierung von Grundschutzmaßnahmen bietet hier i.a. einen ausreichenden Sch
dagegen mindestens eine Applikation mit hohem oder sehr hohem Schutzbedarf er
sollte zusätzlich zum IT-Grundschutz eine detaillierte Risikoanalyse durchgef

Anmerkungen:

* Abhängigkeiten:

Bei der Betrachtung der möglichen Schäden und ihrer Folgen ist auch zu beach
Anwendungen Arbeitsergebnisse anderer Applikationen als Input nutzen können.
Informationen können dabei auch auf anderen IT-Systemen erarbeitet worden se
sich betrachtet weniger bedeutende IT-Anwendung kann wesentlich an Wert gew
wenn eine andere wichtige IT-Anwendung auf ihre Ergebnisse angewiesen ist. I
Fall muss der ermittelte Schutzbedarf auch für die abhängigen IT-Anwendungen
Informationen sichergestellt werden. Handelt es sich dabei um Applikationen
IT-Systeme, dann müssen Schutzbedarfsanforderungen des einen Systems auch a
andere übertragen werden.

* Kumulationseffekte:

Werden mehrere IT-Anwendungen/Informationen auf einem IT-System verarbeitet,
überlegen, ob durch Kumulation mehrerer kleinerer Schäden auf einem IT-Syste
insgesamt höherer Gesamtschaden entstehen kann. In einem solchen Fall erhöht
Schutzbedarf des IT-Systems entsprechend.

* Verlagerung von Anwendungen mit hohen Risiken:

Zeigt die Schutzbedarfsfeststellung, dass die meisten Anwendungen auf einem
niedrigen bis mittleren Schutzbedarf haben und nur eine oder wenige hochschu
sind, so ist die Möglichkeit einer Auslagerung dieser Anwendungen auf ein is
oder eine Zusammenfassung diverser hochschutzbedürftiger Anwendungen auf ein
besonders zu schützenden System zu prüfen.

3.4.3 Durchführung von Grundschutzanalysen

Für alle IT-Systeme der Schutzbedarfskategorie "niedrig bis mittel" ist eine C
analyse vorzunehmen. Die Vorgehensweise entspricht dabei der in Kapitel 3.3 b

Die folgenden Graphik zeigt die Einbettung des IT-Grundschutzes in die Gesamt
weise des kombinierten Ansatzes.

Aktion 1		Teil 1	Kapitel 2.4
Abbildung des		ABC-PS	XYZ-
IT-Systems durch		System	
vorhandene	3.1	x	x
Bausteine	3.2	x	x
	3.3	e	x
	3.4		
Durchführung der			
Aktionen 2 bis 4 für			
alle ausgewählten			
Bausteine			
		3.1 Organisation	
Aktion 2			
Lesen des			
jeweiligen			

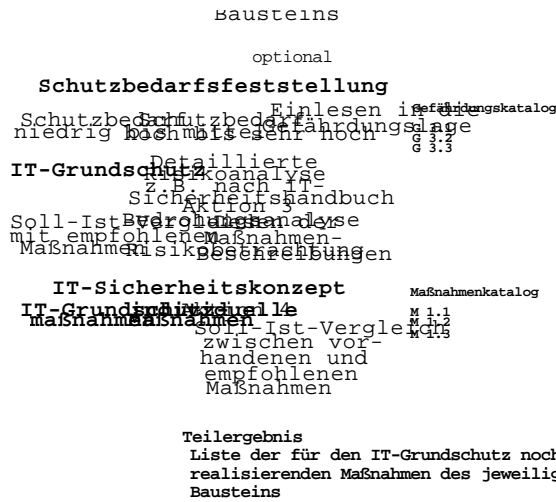
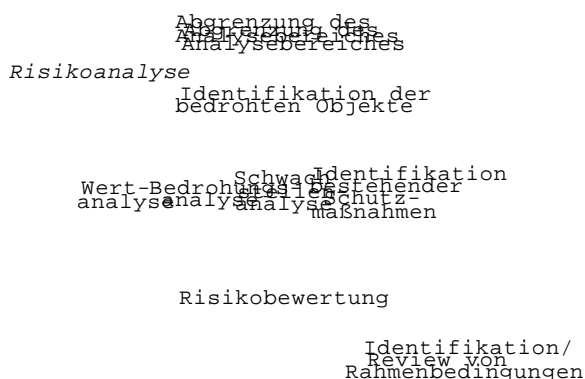


Abbildung 3.5: IT-Grundschutz als Bestandteil des kombinierten Ansatzes (aus [BSI GSHB])

3.4.4 Durchführung von detaillierten Risikoanalysen

Alle IT-Systeme der Schutzbedarfskategorie "hoch bis sehr hoch" sind einer der Risikoanalyse zu unterziehen.

Die Auswahl einer konkreten Methode zur Risikoanalyse sowie der eventuelle Ei: Tools zur Unterstützung dieser Analyse bleiben der durchführenden Institution Details dazu finden sich in Kap. 3.2 dieses Handbuches.



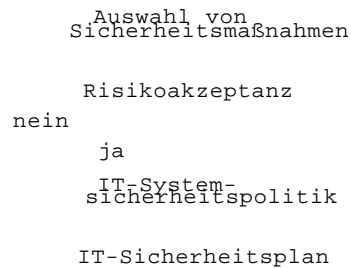


Abbildung 3.6: Einbettung der detaillierten Risikoanalyse in den kombinierten Ansatz

3.5 Akzeptables Restrisiko

Sicherheitsmaßnahmen können für gewöhnlich Risiken nur teilweise mindern. Im Übrigen verbleibt ein Restrisiko, dessen Abdeckung wirtschaftlich nicht mehr vertretbar ist. Um notwendig, diese Restrisiken so exakt wie möglich zu quantifizieren und sie dann zu akzeptieren. Dieser Prozess wird als "Risikoakzeptanz" bezeichnet.

Um ein ressortweit einheitliches Niveau des Restrisikos zu gewährleisten, ist dieser Prozess durch generelle Richtlinien zu unterstützen. Diese sollten im IT-Sicherheitspolitik definiert werden (vgl. Kap. 2.2.3) und festlegen, welche Restrisiken die betroffene Organisation i. a. zu akzeptieren bereit ist.

Auch dabei ist zu beachten, dass durch Kumulationseffekte oder gegenseitige Beeinträchtigungen eine Reihe von kleinen Einzelrisiken zu einem inakzeptablen Restrisiko führen können.

Die Entscheidung über die Akzeptanz von Restrisiken ist daher immer eine für das System zu treffende Managemententscheidung.

3.6 Akzeptanz von außergewöhnlichen Restrisiken

Verbleibt nach Durchführung aller vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen ein Restrisiko, das höher ist als das generell akzeptable, so sollten zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen ergriffen und damit das Risiko weiter reduziert werden (vgl. Kap. 4.2).

Ist dies technisch nicht möglich oder unwirtschaftlich, so besteht in begründeten Fällen die Möglichkeit, dieses erhöhte Restrisiko bewusst anzunehmen.

Die Entscheidung über die Akzeptanz eines außergewöhnlichen Restrisikos ist das Management zu treffen, die genauen Verantwortlichkeiten dafür sind in der IT-Sicherheitspolitik festzulegen. Die Entscheidung ist schriftlich zu begründen und durch die Organisation in schriftlicher Form zu akzeptieren.

4 Erstellung von IT-Sicherheitskonzepten

Ausgehend von den in der Risikoanalyse ermittelten Sicherheitsanforderungen wird ein IT-Sicherheitskonzept erstellt. Dies erfolgt durch die Auswahl geeigneter Maßnahmen, die die Risiken auf ein akzeptables Maß reduzieren und unter dem Gesichtspunkt von Kosten und Nutzen eine optimale Lösung darstellen.

Ein IT-Sicherheitskonzept enthält

- ü die Beschreibung des Ausgangszustandes einschließlich der bestehenden Risiken (Ergebnisse der vorangegangenen Risikoanalyse),
- ü die Festlegung der durchzuführenden Maßnahmen sowie
- ü die Begründung der Auswahl unter Kosten/Nutzen-Aspekten und hinsichtlich des Zusammenwirkens der einzelnen Maßnahmen,
- ü eine Abschätzung des Restrisikos sowie eine verbindliche Aussage über die Akzeptanz des verbleibenden Restrisikos,
- ü die Festlegung der Verantwortlichkeiten für die Auswahl und Umsetzung der Maßnahmen sowie für die regelmäßige Überprüfung des Konzeptes,
- ü eine Prioritäten-, Termin- und Ressourcenplanung für die Umsetzung.

Die Erstellung eines IT-Sicherheitskonzeptes erfolgt in vier Schritten:

- Schritt 1: Auswahl von Maßnahmen
- Schritt 2: Risikoakzeptanz
- Schritt 3: Erstellung von IT-Systemsicherheitspolitiken
- Schritt 4: Erstellung eines IT-Sicherheitsplanes

Diese vier Schritte werden in den folgenden Kapiteln näher beschrieben.

4.1 Auswahl von Maßnahmen

Sicherheitsmaßnahmen sind Verfahrensweisen, Prozeduren und Mechanismen, die die Sicherheit eines IT-Systems erhöhen. Dies kann auf unterschiedliche Arten erreicht werden. Sicherheitsmechanismen können

- ü Risiken vermeiden,
- ü Bedrohungen oder Schwachstellen verkleinern,
- ü unerwünschte Ereignisse entdecken,
- ü die Auswirkung eines unerwünschten Ereignisses eingrenzen,
- ü Risiken überwälzen oder
- ü es möglich machen, einen früheren Zustand wiederherzustellen.

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Kapitel 4: Erstellung von IT-Sicherheitskonzepten

4.1.1 Klassifikation von Sicherheitsmaßnahmen

Je nach Betrachtungsweise kann eine Klassifikation von Sicherheitsmaßnahmen hinsichtlich folgender Kriterien getroffen werden.

4.1.1.1 Klassifikation nach Art der Maßnahmen

Dies ist die "klassische" Einteilung der Sicherheitsmaßnahmen. Man unterscheidet

- ü (informations-)technische Maßnahmen
- ü bauliche Maßnahmen
- ü organisatorische Maßnahmen
- ü personelle Maßnahmen

Die letzten drei Maßnahmenbündel gemeinsam werden auch als nicht-technische bzw. operationale Maßnahmen bezeichnet.

4.1.1.2 Klassifikation nach Anwendungsbereichen

Man unterscheidet:

ü Maßnahmen, die organisationsweit (oder in Teilen der Organisation) einzusetzen gehören:

- * Etablierung eines IT-Sicherheitsmanagementprozesses und Erstellung von IT-Sicherheitspolitiken
- * organisatorische Maßnahmen (z.B. Kontrolle von Betriebsmitteln, Dokumentationsrollentrennung)
- * Überprüfung der IT-Sicherheitsmaßnahmen auf Übereinstimmung mit den IT-Sicherheitspolitiken (Security Compliance Checking), Auditing
- * Reaktion auf sicherheitsrelevante Ereignisse (Incident Handling)
- * personelle Maßnahmen (incl. Schulung und Bildung von Sicherheitsbewusstsein)
- * bauliche Sicherheit und Infrastruktur
- * Notfallvorsorge

ü Systemspezifische Maßnahmen.

Die Auswahl systemspezifischer Maßnahmen hängt in hohem Maße vom Typ des zu schützenden IT-Systems ab. Der Entwurf zu [ISO/IEC 13335-4] unterscheidet et

- * Nicht-vernetzte Systeme (Stand alone PCs)
- * Workstations in einem internen Netzwerk
- * Server in einem internen Netzwerk
- * Workstations, die mit einem externen Netzwerk verbunden sind

- * Server, die mit einem externen Netzwerk verbunden sind
- * Workstations, die sowohl mit einem internen als auch mit einem externen Netzwerk verbunden sind
- * Server, die sowohl mit einem internen als auch mit einem externen Netzwerk verbunden sind

4.1.1.3 Klassifikation nach Gefährdungen und Sicherheitsanforderungen

Ausgehend von den Grundbedrohungen gegen ein IT-System (Verlust der Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit, etc) werden die typischen Gefährdungen ermittelt. Man unterschätzt daher:

- ü Maßnahmen zur Gewährleistung der Vertraulichkeit (Confidentiality)
- ü Maßnahmen zur Gewährleistung der Integrität (Integrity)
- ü Maßnahmen zur Gewährleistung der Verfügbarkeit (Availability)
- ü Maßnahmen zur Gewährleistung der Zurechenbarkeit (Accountability)
- ü Maßnahmen zur Gewährleistung der Authentizität (Authenticity)
- ü Maßnahmen zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit (Reliability)

Wirksame IT-Sicherheit verlangt im Allgemeinen eine Kombination von verschiedenen Sicherheitsmaßnahmen, wobei auf die Ausgewogenheit von technischen und nicht-technischen Maßnahmen zu achten ist.

4.1.2 Ausgangsbasis für die Auswahl von Maßnahmen

- * Liste existierender bzw. geplanter Sicherheitsmaßnahmen:

Bei der Auswahl von Sicherheitsmaßnahmen zur Verminderung der Risiken wird vorausgesetzt, dass im vorhergehenden Schritt - der Risikoanalyse - die bereits existierenden Sicherheitsmaßnahmen aufgelistet wurden.

Im Fall einer detaillierten Risikoanalyse erfolgt dies im Rahmen der "Identifikation bestehender Schutzmaßnahmen" (vgl. Kap. 3.2.6), die als Ergebnis eine Aufstellung aller existierender bereits geplanten Schutzmaßnahmen mit Angaben über ihren Implementierungsstatus und ihren Einsatz liefern soll.

Bei einer Grundschutzanalyse werden die vorhandenen Maßnahmen im Rahmen des Soll-Ist-Vergleiches (vgl. Kap. 3.3.2.4) ermittelt.

- * Ergebnisse der Risikobewertung:

Die Auswahl der Sicherheitsmaßnahmen, die die Risiken auf ein definiertes und beherrschbares Maß reduzieren, muss auf den Ergebnissen der Risikobewertung basieren.

Diese Auswahl wird von einer Reihe von Faktoren beeinflusst:

- ü der Stärke der einzelnen Maßnahmen
- ü ihrer Benutzerfreundlichkeit und Transparenz für den Anwender

ü einer Benutzerfreundlichkeit und Transparenz für den Anwender
 ü der Art der Schutzfunktion (Verringerung von Bedrohungen, Erkennen von Verletzungen,...)

In der Regel stehen verschiedene mögliche Sicherheitsmaßnahmen zur Auswahl. Um sowohl aus Sicherheits- als auch aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen effizient finden, kann im Einzelfall eine Kosten-/Nutzen-Analyse bzw. ein direkter Vergleich Sicherheitsmaßnahmen-*trade-off analysis* notwendig sein.

4.1.3 Auswahl von Maßnahmen auf Basis einer detaillierten Risikoanalyse

Wurde eine detaillierte Risikoanalyse durchgeführt, so stehen für die Auswahl Sicherheitsmaßnahmen detailliertere und spezifischere Informationen zur Verfügung einer Grundschutzanalyse. Je genauer und aufwendiger die Risikoanalyse durchgeführt, umso qualifizierter ist im Allgemeinen die für den Auswahlprozess zur Verfügung Information.

In der Mehrzahl der Fälle wird es verschiedene Maßnahmen zur Erfüllung einer Sicherheitsanforderung geben, die sich jedoch hinsichtlich ihrer Effizienz unterscheiden. Umgekehrt kann eine Maßnahme gleichzeitig mehrere Sicherheitsanforderungen abdecken.

Welche der in Frage kommenden Maßnahmen tatsächlich ausgewählt und implementiert werden, hängt von den speziellen Umständen ab. Generell ist festzuhalten, dass Maßnahmen einen oder mehrere der folgenden Aspekte abdecken können:

- ü Vorbeugung (präventive Maßnahmen)
- ü Aufdeckung (detektive Maßnahmen)
- ü Abschreckung
- ü Schadensbegrenzung
- ü Wiederherstellung eines früheren Zustandes
- ü Bildung von Sicherheitsbewusstsein
- ü Risikoüberwälzung

Welche dieser Eigenschaften notwendig bzw. wünschenswert ist, ist vom spezifischen Kontext abhängig. Im Allgemeinen wird man Maßnahmen bevorzugen, die mehrere dieser Aspekte abdecken. Es ist aber auch darauf zu achten, dass die Gesamtheit der ausgewählten Maßnahmen ein ausgewogenes Verhältnis der einzelnen Aspekte aufweist, dass alle

beispielsweise ausschließlich detektive oder ausschließlich präventive Maßnahmen kommen.

4.1.4 Auswahl von Maßnahmen im Falle eines Grundschutzansatzes

Grundsätzlich ist die Auswahl von Sicherheitsmaßnahmen im Falle eines Grundschutzansatzes relativ einfach. In Maßnahmenkatalogen werden eine Reihe von Schutzmaßnahmen (z.B. für die meisten üblichen Bedrohungen) angeführt. Die betreffenden Bedrohungen werden ohne weitere Risikoanalyse, als relevant für die durchführende Organisation angedeutet. Die empfohlenen Maßnahmen werden mit den existierenden oder bereits geplanten Maßnahmen verglichen. Die noch nicht existierenden bzw. geplanten Maßnahmen werden in eine Liste noch zu realisierenden Maßnahmen zusammengefasst.

In Teil 2 dieses Sicherheitshandbuches werden die wichtigsten Grundschutzmaßnahmen der öffentlichen Verwaltung in Österreich aufgeführt. Bis zum Erscheinen dieses Teils werden empfohlen, auf bereits bestehende Kataloge zurückzugreifen.

Ein sehr umfangreicher Katalog von Grundschutzmaßnahmen, der kontinuierlich weiter entwickelt wird, ist im Grundschutzhandbuch des BSI enthalten (vgl. Kap. 3.3 des Handbuches). Der Entwurf zu [ISO/IEC 13335-4] gibt eine gut strukturierte und detaillierte Anleitung zum Vorgehen bei der Auswahl von Grundschutzmaßnahmen und verweist auf bereits existierende Grundschutzkataloge.

4.1.5 Auswahl von Maßnahmen im Falle eines kombinierten Risikoanalyseansatzes

Im Falle eines kombinierten Ansatzes werden zunächst anhand des zugrundeliegenden Grundschutzhandbuches oder -kataloges (etwa [BSI GS HB] oder spezifische Maßnahmenkataloge) entsprechende Schutzmaßnahmen ausgewählt und umgesetzt, die einerseits ein adäquates Sicherheitsniveau für Systeme der Schutzbedarfsklasse "niedrig bis mittel" gewährleisten, andererseits auch für hochschutzbedürftige Systeme bereits ein gewisses Maß an Schutz bieten. Anschließend werden die noch fehlenden Sicherheitsmaßnahmen für Systeme mit hohen bis sehr hohen Sicherheitsanforderungen ausgewählt.

4.1.6 Bewertung von Maßnahmen

Unabhängig von der verfolgten Strategie ist es in jedem Fall notwendig, die Auswirkungen der ausgewählten Maßnahmen zu analysieren. Damit soll gewährleistet werden, dass die einzelnen Maßnahmen mit dem IT-Gesamtkonzept und den bereits bestehenden Sicherheitsmaßnahmen verträglich sind, d.h. dass sie einander ergänzen und unterstützen und sich gegenseitig nicht behindern oder in ihrer Wirkung schwächen. In diesem Stadium ist

Die Einbeziehung der betroffenen Benutzer zu empfehlen, da die Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen stark davon abhängt, in welchem Maß sie akzeptiert oder abgelehnt werden. Die Akzeptanz von Maßnahmen steigt, wenn ihre Notwendigkeit für den Benutzer einsichtig ist.

Zur Bewertung von Sicherheitsmaßnahmen ist wie folgt vorzugehen:

- ü Erfassung aller Bedrohungen, gegen die die ausgewählten Maßnahmen wirken,
- ü Beschreibung der Auswirkung der Einzelmaßnahmen,
- ü Beschreibung des Zusammenwirkens der ausgewählten und der bereits vorhandenen Sicherheitsmaßnahmen,
- ü Überprüfung, ob und inwieweit die Maßnahmen zu Behinderungen beim Betrieb des Systems führen können,
- ü Überprüfung der Vereinbarkeit der Maßnahmen mit geltenden rechtlichen Vorschriften, Richtlinien und
- ü Bewertung, in welchem Ausmaß die Maßnahmen eine Reduktion der Risiken bewirken.

Bevor die Maßnahmen umgesetzt werden, sollte die Leitungsebene entscheiden, ob die Realisierung der Maßnahmen im richtigen Verhältnis zur Reduzierung der Risiken stehen und ob die Risiken auf ein akzeptables Maß beschränkt werden.

4.1.7 Rahmenbedingungen

Bei der Auswahl und Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen sind stets auch Rahmenbedingungen *constraints* zu berücksichtigen, die entweder durch das Umfeld vorgegeben oder durch das Management festgelegt werden.

Beispiele für solche Rahmenbedingungen sind:

ü Zeitliche Rahmenbedingungen

Etwa: Wie schnell ist auf ein erkanntes Risiko zu reagieren? Wann kann/muss Maßnahme realisiert sein?

ü Finanzielle Rahmenbedingungen

Im Allgemeinen werden budgetäre Einschränkungen existieren. Die Kosten für Maßnahmen müssen in einem angemessenen Verhältnis zum Wert der zu schützenden Objekte stehen.

ü Umweltbedingungen

Auch durch das Umfeld vorgegebene Rahmenbedingungen, wie etwa die Lage eines Gebäudes, klimatische Bedingungen und Platzangebot können die Auswahl von Sicherheitsmaßnahmen beeinflussen.

ü Technische Rahmenbedingungen

z.B. Kompatibilität von Hard- und/oder Software

Weitere Einschränkungen können organisatorischer, personeller, gesetzlicher oder natürlicher Natur sein.

Auch Rahmenbedingungen können im Laufe der Zeit, durch soziale Veränderungen oder technologische Veränderungen im technischen oder organisatorischen Umfeld, einem Wandel unterliegen. Sie sind daher regelmäßig zu überprüfen und zu hinterfragen.

4.2 Risikoakzeptanz

Absolute Sicherheit ist nicht erreichbar - auch nach Auswahl und Umsetzung aller möglichen Sicherheitsmaßnahmen verbleibt im Allgemeinen ein Restrisiko. Um zu entscheiden, ob dieses für die betreffende Organisation tragbar ist oder weitere Maßnahmen erforderlich sind, ist wie folgt vorzugehen:

Schritt 1: Quantifizierung des Restrisikos

In diesem ersten Schritt ist das Restrisiko so exakt wie möglich zu ermitteln. Man wählt sich am besten das Verfahren und die Erkenntnisse aus der vorangegangenen Risikoanalyse.

Schritt 2: Bewertung der Restrisiken

Die verbleibenden Restrisiken sind als "akzeptabel" oder "nicht-akzeptabel" zu bewerten. Die Entscheidungsgrundlage dafür sollte in der (organisationsweiten) IT-Sicherheitspolitik festgelegt sein (vgl. Kap. 2.2.3, Schritt 2, sowie Kap. 3.5). Akzeptable Restrisiken können in Kauf genommen werden, nicht-akzeptable bedürfen einer weiteren Analyse.

Schritt 3: Entscheidung über nicht-akzeptable Restrisiken

Die weitere Behandlung von nicht-akzeptablen Restrisiken sollte stets eine Maßnahme sein. Es besteht die Möglichkeit, zu untersuchen, wie weit und mit welchen Kosten nicht-akzeptable Restrisiken weiter verringert werden können, und zusätzlich hohe Kosten verbundene Maßnahmen auszuwählen. Die Alternative dazu ist eine klare und dokumentierte Akzeptanz des erhöhten Restrisikos.

Schritt 4: Akzeptanz von außergewöhnlichen Restrisiken

Ist eine weitere Reduktion des Restrisikos nicht möglich, unwirtschaftlich oder unter gegebenen Rahmenbedingungen nicht wünschenswert, so besteht in begründeten Ausnahmefällen die Möglichkeit einer bewussten Akzeptanz dieses erhöhten Restrisikos.

*IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Kapitel 4: Erstellung von IT-Sicherheitskonzepten*

dabei und die Verantwortlichkeiten dafür sind in der IT-Sicherheitspolitik festgelegt (siehe Kap. 2.2.3, Schritt 3 und Kapitel 3.6).

4.3 IT-Systemsicherheitspolitiken

4.3.1 Aufgaben und Ziele

Eine IT-Systemsicherheitspolitik stellt ein Basisdokument dar, in dem die grundlegenden Vorgaben und Leitlinien zur Sicherheit in einem IT-System festgelegt werden, Details über die ausgewählten Sicherheitsmaßnahmen beschrieben sind und die Gründe für die Auswahl der Sicherheitsmaßnahmen dargelegt werden.

IT-Systemsicherheitspolitiken sollten für alle komplexen oder stark verbreiteten IT-Systeme erarbeitet werden. Typische Beispiele sind etwa eine PC-Sicherheitspolitik, eine Netzsicherheitspolitik oder eine Internet-Sicherheitspolitik. IT-Systemsicherheitspolitiken stellen keine isolierten Einzeldokumente dar, sondern müssen in einen Kontext von Regelungen einzubetten. Sie leiten sich von der organisationalen Sicherheitspolitik ab, müssen mit dieser kompatibel sein und dürfen keine Widersprüche aufweisen. Abbildung 4.1 zeigt den Zusammenhang zwischen den einzelnen Policies in einer Organisation.

Organisationsweite
Ziele-Strategie-Politik

Organisationsweite
Sicherheitspolitik
Finanzielle
Ziele-Strategie-Politik

Organisationsweite
IT-Sicherheitspolitik
Sicherheitspolitik

IT-System-
sicherheitspolitik
IT-System-
sicherheitspolitik (n)

*Abbildung 4.1: Einbettung von IT-Sicherheitspolitik und IT-Systemsicherheitspolitik
in einen Kontext von organisationsweiten Regelungen*

Version 1.0, Stand Oktober 1998

Seite 64 von 86

Page 66

*IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Kapitel 4: Erstellung von IT-Sicherheitskonzepten*

4.3.2 Inhalte

Eine IT-Systemsicherheitspolitik sollte Aussagen zu folgenden Bereichen treffen:

- ü Definition und Abgrenzung des Systems, Beschreibung der wichtigsten Komponenten
- ü Definition der wichtigsten Ziele und Funktionalitäten des Systems
- ü Festlegung der IT-Sicherheitsziele des Systems
- ü Abhängigkeit der Organisation vom betrachteten IT-System;
 - Dabei ist zu untersuchen, wie weit die Aufgabenerfüllung der Organisation durch Verletzung der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit oder Integrität des Systems oder verarbeiteter Information gefährdet wird.
- ü Investitionen in das System
 - (Entwicklungs-, Beschaffungs- und Wartungskosten, Kosten für den laufenden Betrieb)
- ü Risikoanalysestrategie
- ü Werte, Bedrohungen und Schwachstellen lt. Risikoanalyse
- ü Sicherheitsrisiken
- ü Beschreibung der bestehenden und der noch zu realisierenden Sicherheitsmaßnahmen
- ü Gründe für die Auswahl der Maßnahmen
- ü Kostenschätzungen für die Realisierung und Wartung (Aufrechterhaltung) der Sicherheitsmaßnahmen
- ü Verantwortlichkeiten

4.3.3 Fortschreibung der IT-Systemsicherheitspolitik

Auch eine IT-Systemsicherheitspolitik stellt kein einmal erstelltes, unveränderliches Dokument dar, sondern ist regelmäßig auf Aktualität zu überprüfen und bei Bedarf entsprechend anzupassen.

Insbesondere ist es von Bedeutung, dass die Liste der existierenden bzw. noch zu realisierenden Sicherheitsmaßnahmen stets dem tatsächlich aktuellen Stand entspricht. Unterstützung bei dieser Aufgabe bieten mehrere auf dem Markt befindliche Tools, wie etwa das "IT-Sicherheits-Grundschutz".

4.3.4 Verantwortlichkeiten

Die Verantwortlichkeiten für die Erstellung und Fortschreibung der IT-Systemsicherheitspolitiken sind im Einzelnen in der IT-Sicherheitspolitik festzulegen (vgl. dazu auch die allgemeine Verantwortung für das gegenständliche System). Die Verantwortlichkeiten für die Bereiche IT-Sicherheitsbeauftragten liegen, der sie mit dem Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragten

Version 1.0, Stand Oktober 1998

Seite 65 von 86

beauftragten abstimmen wird. Letzterer hat dafür Sorge zu tragen, dass die einzelnen Systemsicherheitspolitiken mit der organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik übereinstimmen und auch untereinander ein einheitliches, vergleichbares Niveau aufweisen.

4.4 IT-Sicherheitsplan

Der IT-Sicherheitsplan beschreibt, wie die ausgewählten Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden. Er enthält eine Prioritäten- und Ressourcenplanung sowie einen Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen.

Im Detail sind für jedes System zu erstellen:

- ü eine Liste der vorhandenen sowie eine Liste der noch zu implementierenden Sicherheitsmaßnahmen;
 - Für jede dieser Maßnahmen sollte eine Aussage über ihre Wirksamkeit sowie möglicherweise notwendige Verbesserungen oder Verstärkungen getroffen werden.
 - ü eine Prioritätenreihung für die Implementierung der ausgewählten Sicherheitsmaßnahmen bzw. die Verbesserung bestehender Maßnahmen
 - ü eine Kosten- und Aufwandsschätzung für Implementierung und Wartung der Sicherheitsmaßnahmen
 - ü Detailplanung für die Implementierung
- Diese soll folgende Punkte umfassen:
- * Prioritäten
 - * Zeitplan
abhängig von Prioritäten und Ressourcen
 - * Budget
 - * Verantwortlichkeiten
 - * Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen
 - * Test- und Abnahmeverfahren und -termine
 - * Nachfolgeaktivitäten
- ü eine Bewertung des nach der Implementierung aller Maßnahmen zu erwartenden Risikostandes

Weiters sollte der Sicherheitsplan auch die Kontrollmechanismen festlegen, die während der Implementierung der ausgewählten Maßnahmen bewerten, und Möglichkeiten des Eingriffes bei Abweichungen vom vorgesehenen Prozess oder bei notwendigen Änderungen definieren.

4.5 Fortschreibung des IT-Sicherheitskonzeptes

Auch das IT-Sicherheitskonzept muss laufend fortgeschrieben werden. Anlässe für Untersuchung und das Fortschreiben des Konzeptes können sein:

- ü Ablauf eines vorgeschriebenen oder vereinbarten Zeitraumes (z.B. jährliche)
- ü Eintritt von Ereignissen, die die Bedrohungslage verändern, wie etwa politische oder gesellschaftliche Entwicklungen oder das Bekanntwerden neuer Attacken oder Tätergruppen
- ü Eintritt von Ereignissen, die die Werte verändern können, wie etwa die Änderung von Organisationszielen oder Aufgabenbereichen, Änderungen am Markt oder die Einführung neuer Applikationen
- ü Ereignisse, die die Eintrittswahrscheinlichkeit von Bedrohungen verändern, wie etwa die Entwicklung neuer Techniken oder veränderte Einsatzbedingungen (Einsatzort, Einsatzzeitpunkt, Ausstattung, ...)
- ü neue Möglichkeiten für Sicherheitsmaßnahmen, etwa aufgrund von Preisänderungen oder der Verfügbarkeit neuer Technologien

Voraussetzungen für eine effiziente und zielgerichtete Fortschreibung des IT-Sicherheitskonzeptes sind (vgl. dazu auch Kap. 6 "IT-Sicherheit im laufenden Betrieb")

- die laufende Überprüfung von Akzeptanz und Einhaltung der IT-Sicherheitsmaßnahmen
- die Protokollierung von Schadensereignissen
- die Kontrolle der Wirksamkeit und Angemessenheit der Maßnahmen

Ob eine neuerliche Risikoanalyse erforderlich ist oder lediglich die Auswahl der Maßnahmen überarbeitet wird, hängt vom Ausmaß der eingetretenen Veränderungen ab.

5 Umsetzung des IT-Sicherheitsplanes

Die korrekte und effiziente Implementierung von IT-Sicherheitsmaßnahmen und ihr zielgerichteter Einsatz hängen in hohem Maße von der Qualität des im vorangegangenen Schritt erstellten IT-Sicherheitsplanes ab. Dieser muss gut strukturiert, genau dokumentiert und tatsächlichen Anforderungen der betroffenen Institution angepasst sein.

Bei der Umsetzung des Planes ist zu beachten, dass

- ü Verantwortlichkeiten rechtzeitig und eindeutig festgelegt werden,
- ü finanzielle und personelle Ressourcen rechtzeitig zugewiesen werden,
- ü die Maßnahmen korrekt umgesetzt werden,
- ü die Kosten sich in dem vorher abgeschätzten Rahmen halten und
- ü der Zeitplan eingehalten wird.

Gleichzeitig mit der Implementierung der Sicherheitsmaßnahmen sollten auch entsprechende Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen gesetzt werden, um die optimale Einhaltung und Akzeptanz der Maßnahmen bei den Anwendern zu erreichen.

Als letzter Schritt der Umsetzung des IT-Sicherheitsplanes sind die implementierten Maßnahmen in ihrer tatsächlichen Einsatzumgebung auf ihre Auswirkungen zu testen und abzunehmen (Akkreditierung).

Es empfiehlt sich, die Umsetzung des IT-Sicherheitsplanes im Rahmen eines Projektes abzuwickeln.

5.1 Implementierung von Maßnahmen

Sobald der IT-Sicherheitsplan erstellt und verabschiedet wurde, sind die einzelnen Maßnahmen zu implementieren, auf ihre Übereinstimmung mit der Sicherheitspolitik zu überprüfen (*Security Compliance Checking*) auf Korrektheit und Vollständigkeit zu testen.

Dabei ist zu beachten, dass ein Teil der Maßnahmen systemspezifisch sein wird, ein anderer Teil aber organisationsweit einzusetzen ist (vgl. dazu auch Kap. 4.1).

Die Abstimmung der einzelnen systemspezifischen IT-Sicherheitspläne für die Gesamtorganisation obliegt i.a. dem Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragten. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass

- ü die systemübergreifenden, organisationsweiten Maßnahmen
 - * vollständig und angemessen,
 - * nicht redundant oder widersprüchlich sind, und

- ü die systemspezifischen Maßnahmen
 - * kompatibel sind und
 - * ein einheitliches, angemessenes Sicherheitsniveau haben.

Besonderer Wert ist auf eine detaillierte, korrekte und aktuelle Dokumentations- und Implementierungen zu legen.

Schritt 1: Implementierung der Sicherheitsmaßnahmen

Die Implementierung der ausgewählten Sicherheitsmaßnahmen hat anhand des IT-Sicherheitsplanes, entsprechend der vorgegebenen Zeitpläne und Prioritäten, zu erfolgen. Die Verantwortlichkeiten dafür sind im Detail festzulegen.

Schritt 2: Tests

Tests sollen sicherstellen, dass die Implementierung korrekt durchgeführt und abgeschlossen wurde.

Es wird empfohlen, für die Tests einen Testplan zu erstellen, der die Testmethoden,

- ü die Testumgebung sowie
- ü die Zeitpläne für die Durchführung der Tests beinhaltet.

Die durchgeführten Tests sind im Detail zu beschreiben und die Ergebnisse in einem detaillierten Testbericht festzuhalten.

Abhängig von der speziellen Bedrohungslage und der Art der Maßnahmen kann die Durchführung von Penetrationstests erforderlich sein.

Schritt 3: Prüfung der Maßnahmen auf Übereinstimmung mit der IT-Sicherheitspolitik (Security Compliance Checking)

Security Compliance Checks sind sowohl im Rahmen der Implementierung der Maßnahmen als auch als wiederholte Aktivität zur Gewährleistung der IT-Sicherheit im laufenden Betrieb (siehe auch Kap. 6) durchzuführen.

Dabei sind zu prüfen:

- ü die vollständige und korrekte Umsetzung der Sicherheitsmaßnahmen
- ü der korrekte Einsatz der implementierten Sicherheitsmaßnahmen
- ü die Einhaltung der organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen im täglichen Betrieb

Dokumentation

Die Dokumentation der implementierten Maßnahmen stellt einen wichtigen Teil der IT-Sicherheitsdokumentation dar und ist notwendige Voraussetzung für die Kontinuität und Konsistenz des Sicherheitsprozesses. Die wichtigsten Anforderungen an die Dokumentation sind:

- ü Aktualität:
Alle Sicherheitsmaßnahmen sind stets auf dem aktuellen Stand der Realisierung zu beschreiben.
- ü Vollständigkeit
- ü Hoher Detaillierungsgrad:
Die Sicherheitsmaßnahmen sind so detailliert zu beschreiben, dass zum einen bestehende Sicherheitslücken erkannt werden können, zum anderen ausreichend Informationen für einen korrekten und effizienten Einsatz der Maßnahmen zur Verfügung stehen.
- ü Gewährleistung der Vertraulichkeit:
Dokumentation über Sicherheitsmaßnahmen kann unter Umständen sehr vertrauliche Informationen enthalten und ist daher entsprechend zu schützen. So weit wie möglich sind bei der Klassifikation und Behandlung solcher Dokumente auf die Vorgaben im IT-Sicherheitspolitik oder der Informationssicherheitspolitik der Organisation zurückgegriffen werden (vgl. dazu Kap. 2.2.4). Es kann im Einzelfall notwendig sein, weitere Verfahrensweisen zur Erstellung, Verteilung, Benutzung, Aufbewahrung und Vernichtung von sicherheitsrelevanter Dokumentation zu entwickeln. Diese Verfahrensweisen sind ebenfalls entsprechend zu dokumentieren.
- ü Konfigurations- und Integritätskontrolle:
Es ist sicherzustellen, dass keine unauthorisierten Änderungen der Dokumentation vorliegen, die eine - beabsichtigte oder unbeabsichtigte - Beeinträchtigung der implementierten Maßnahmen nach sich ziehen könnten.

5.4 SENSIBILISIERUNG

Nur durch Verständnis und Motivation ist eine dauerhafte Einhaltung und Umsetzung von Richtlinien und Vorschriften zur IT-Sicherheit zu erreichen. Um das Sicherheitsbewusstsein aller Mitarbeiter zu fördern und den Stellenwert der IT-Sicherheit innerhalb der Organisation zu betonen, sollte ein umfassendes, organisationsweites Sensibilisierungsprogramm durchgeführt werden, das zum Ziel hat, IT-Sicherheit zu einem integrierten Bestandteil der Unternehmenskultur zu machen.

Das Sensibilisierungsprogramm sollte systemübergreifend sein. Es ist Aufgabe des jeweiligen verantwortlichen Mitarbeiters - dies wird im Allgemeinen der Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragte sein - die Anforderungen aus den einzelnen Teilbereichen und systemübergreifend in die Anforderungen hier einfließen zu lassen und entsprechend zu koordinieren.

Das Sensibilisierungsprogramm sollte folgende Punkte umfassen:

Version 1.0, Stand Oktober 1998

Seite 70 von 86

Page 72

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Kapitel 5: Umsetzung des IT-Sicherheitsplanes

- ü Information aller Mitarbeiter über die IT-Sicherheitspolitik der Organisation. Bei der Einführung sollten insbesondere folgende Punkte erläutert werden:
 - * die IT-Sicherheitsziele und -politik der Institution sowie deren Erläuterung
 - * die Bedeutung der IT-Sicherheit für die Institution,
 - * Organisation und Verantwortlichkeiten im Bereich der IT-Sicherheit,
 - * die Risikoanalysestrategie,
 - * die Sicherheitsklassifikation von Daten,
 - * ausgewählte Sicherheitsmaßnahmen (insbesondere solche, die für die gesamte Organisation Gültigkeit haben),
- ü die wichtigsten Ergebnisse der Risikoanalysen (Bedrohungen, Schwachstellen,
- ü die Pläne zur Implementation und Überprüfung der Sicherheitsmaßnahmen,
- ü die Auswirkungen von sicherheitsrelevanten Ereignissen für einzelne Anwendungen in der gesamten Institution,
- ü die Notwendigkeit, Sicherheitsverstöße zu melden und zu untersuchen, und
- ü die Konsequenzen bei Nichteinhaltung von Sicherheitsvorgaben.

Zur Sensibilisierung der Mitarbeiter können u.a. folgende Maßnahmen beitragen

- ü regelmäßige Veranstaltungen zum Thema IT-Sicherheit
- ü Publikationen
- ü schriftliche Festlegung der Berichtswege und Handlungsanweisungen im Falle eines vermuteten Sicherheitsproblems (z.B. Auftreten eines Virus, Hacker-Angriff, ...)

Das Sensibilisierungsprogramm sollte jeden Mitarbeiter der Institution auf seine persönliche Verantwortung für IT-Sicherheit hinweisen. Dabei ist insbesondere die Verantwortung des Managements für IT-Sicherheit zu betonen ("IT-Sicherheit als Managementaufgabe"). Die organisationsweite Planung dieser Veranstaltungen sollte der Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragte übernehmen. Gegebenenfalls liefern Bereichs-IT-Sicherheitsbeauftragte Informationen, wann und wo solche Veranstaltungen nötig sind.

Die Veranstaltungen zum Sensibilisierungsprogramm sollten in regelmäßigen Zeitabständen wiederholt werden, um das vorhandene Wissen aufzufrischen und neue Mitarbeiter zu informieren. Darüber hinaus sollte jeder neue, beförderte oder versetzte Mitarbeiter über die Fragen der IT-Sicherheit geschult werden, wie es der neue Arbeitsplatz verlangt.

Das Sensibilisierungsprogramm ist regelmäßig auf seine Wirksamkeit und Aktualität zu überprüfen.

überprüfen und laufend an Veränderungen in der IT-Sicherheitspolitik sowie an Logiken anzupassen.

5.3 Schulung

Über das allgemeine Sensibilisierungsprogramm hinaus sind spezielle Schulungen bereicherspezifisch erforderlich, wenn sich durch Sicherheitsmaßnahmen einschneidende Veränderungen, z.B. im Arbeitsablauf, ergeben.

Weiters sind Personen, die in besonderem Maße mit IT-Sicherheit zu tun haben, auszubilden und zu schulen. Dazu zählen etwa:

- ü der Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragte und die Bereichs-IT-Sicherheitsbeauftragte
- ü die Mitglieder des IT-Sicherheitsmanagement-Teams
- ü Mitarbeiter mit spezieller Verantwortung für die Systementwicklung (z.B. Programmierer)
- ü Mitarbeiter mit spezieller Verantwortung für den Betrieb eines IT-Systems oder einer wichtigen Applikation (z.B. Applikationsverantwortliche)
- ü Mitarbeiter, die mit Aufgaben der IT-Sicherheitsverwaltung betraut sind (z.B. für Zutritts-, Zugangs- und Zugriffsrechten)

Das Schulungsprogramm ist von jeder Organisation spezifisch für ihren Bedarf zu gestalten. Besondere Betonung ist dabei auf die Schulung der korrekten Implementierung und Anwendung von Sicherheitsmaßnahmen zu legen. Typische Beispiele für die Themen im Rahmen von Schulungsveranstaltungen behandelt werden sollten, sind:

- ü Sicherheitspolitik und -infrastruktur:
 - Rollen und Verantwortlichkeiten,
 - Organisation des IT-Sicherheitsmanagements,
 - Behandlung von sicherheitsrelevanten Vorfällen,
 - regelmäßige Überprüfung von Sicherheitsmaßnahmen,...
- ü Bauliche Sicherheit:
 - Schutz von Gebäuden, Serverräumen, Büroräumen und Versorgungseinrichtungen mit besonderer Betonung der Verantwortung der einzelnen Mitarbeiter (z.B. Handhabung von Zutrittskontrollmaßnahmen, Brandschutz, ...)
- ü Personelle Sicherheit
- ü Hardware- und Softwaresicherheit:
 - Identifikation und Authentisierung, Berechtigungssysteme, Protokollierung, Wiederaufbereitung, Virenschutz, ...
- ü Netzwerksicherheit:
 - Netzwerkinfrastruktur, LANs, Inter-/Intranets, Verschlüsselung, digitale Signaturen
- ü Disaster Recovery Planung

Schulungs- und Sensibilisierungsveranstaltungen zum Thema IT-Sicherheit müssen geplant und umgesetzt werden, um keine Sicherheitslücken durch mangelndes Wissen und Sicherheitsbewusstsein entstehen zu lassen.

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Kapitel 5: Umsetzung des IT-Sicherheitsplanes

5.4 Akkreditierung

Unter Akkreditierung eines IT-Systems versteht man die Sicherstellung, dass die Anforderungen der IT-Systemsicherheitspolitik und des IT-Sicherheitsplanes insbesondere darauf zu achten, dass die Sicherheit des Systems

- ü in einer bestimmten Betriebsumgebung,
- ü unter bestimmten Einsatzbedingungen und
- ü für eine bestimmte vorgegebene Zeitspanne

gewährleistet ist.

Erst nach erfolgter Akkreditierung kann das System - oder eine spezifische Anwendung - in den Echtbetrieb gehen.

Techniken zur Akkreditierung sind:

- ü Prüfung der Maßnahmen auf Übereinstimmung mit der IT-Sicherheitspolitik (Security Compliance Checking), vgl. auch Kap. 5.1 und 6.1.2
- ü Tests
- ü Evaluation und Zertifizierung von Systemen

Änderungen der eingesetzten Sicherheitsmaßnahmen oder der Betriebsumgebung können neuerliche Akkreditierung des Systems erforderlich machen. Die Kriterien, wann eine Akkreditierung durchzuführen ist, sollten in der IT-Systemsicherheitspolitik festgelegt sein.

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Kapitel 6: IT-Sicherheit im laufenden Betrieb

6 IT-Sicherheit im laufenden Betrieb

Umfassendes IT-Sicherheitsmanagement beinhaltet nicht zuletzt auch die Aufgabe, die IT-Sicherheit im laufenden Betrieb aufrechtzuerhalten. Ein IT-Sicherheitskonzept ist kein statisches, unveränderbares Dokument, sondern muss stets auf seine Wirksamkeit, Aktualität und die Umsetzung in der täglichen Praxis überprüft werden. Weiters muss eine angemessene Reaktion auf alle sicherheitsrelevanten Änderungen sowie auf sicherheitsrelevante Ereignisse gewährleistet sein.

Ziel aller Follow-Up-Aktivitäten ist es, das erreichte Sicherheitsniveau zu erhalten bzw. zu erhöhen. Verschlechterungen der Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen - sei es durch eine Veränderung der Bedrohungslage oder durch falsche Verwendung der implementierten Sicherheitsmaßnahmen - sollen erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

6.1 Aufrechterhaltung des erreichten Sicherheitsniveaus

Das nach der Umsetzung des IT-Sicherheitsplanes erreichte Sicherheitsniveau lässt sich nur dann aufrechterhalten, wenn

- ü Wartung und administrativer Support der Sicherheitseinrichtungen gewährleistet sind,
- ü die realisierten Maßnahmen regelmäßig auf ihre Übereinstimmung mit der IT-Sicherheitspolitik ~~Security~~ *Compliance Checking*
- ü die IT-Systeme fortlaufend überwacht ~~werden~~ *Monitoring*.

Die Verantwortlichkeiten für diese Aktivitäten müssen im Rahmen der organisationsweiten IT-Sicherheitspolitik bzw. der einzelnen IT-Systemsicherheitspolitiken detailliert festgelegt werden. Als Richtlinie kann wieder gelten, dass die Verantwortung für systemspezifische Maßnahmen bei den einzelnen Bereichs-IT-Sicherheitsbeauftragten - soweit definiert - liegt, die Verantwortung für organisationsweite IT-Sicherheitsmaßnahmen sowie die Gesamtverantwortung beim Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragten.

Von besonderer Wichtigkeit für die Aufrechterhaltung oder weitere Erhöhung eines einmal erreichten Sicherheitsniveaus ist eine permanente Sensibilisierung aller betroffenen Mitarbeiter für Fragen der IT-Sicherheit (vgl. dazu auch Kap. 5.2).

6.1.1 Wartung und administrativer Support von Sicherheitseinrichtungen

Viele Sicherheitsmaßnahmen erfordern zur Gewährleistung ihrer einwandfreien Funktionsfähigkeit Wartung und administrativen Support. Zu diesen Aufgaben zählen etwa regelmäßige Auswertung und Archivierung von Protokollen, Backup, Restore und Maintenance sicherheitsrelevanter Komponenten, die Überprüfung der Parametereinstellungen eventueller Rechte auf mögliche nichtautorisierte Änderungen, die Reinitialisierung

Startwerten oder Zählern sowie Updates der Sicherheitssoftware, wenn verfügbar aber nicht ausschließlich, im Bereich Virenschutz) u.v.a.m.

Alle Wartungs- und Supportaktivitäten sollten nach einem detailliert festgelegten und regelmäßig durchgeführt werden.

Die Wartung von Sicherheitseinrichtungen hat in Abstimmung mit den Verträgen, Lieferfirmen geschlossen wurden, zu erfolgen und darf nur durch dafür autorisierte Personen vorgenommen werden.

Die Kosten für Wartungs- und Supportaufgaben können im Einzelfall beträchtlich sein und sollten daher bereits bei der Auswahl der Sicherheitsmaßnahmen bekannt sein und in den Entscheidungsprozess miteinfließen.

Um die Aufrechterhaltung eines einmal erreichten Sicherheitsniveaus zu gewährleisten, sind sicherzustellen, dass

- ü die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen zur Wartung von Sicherheitseinrichtungen zur Verfügung stehen,
- ü organisatorische Regelungen existieren, die die Aufrechterhaltung der IT-Sicherheit im laufenden Betrieb ermöglichen und unterstützen,
- ü die Verantwortungen im laufenden Betrieb klar zugewiesen werden,
- ü die Maßnahmen regelmäßig daraufhin geprüft werden, ob sie wie beabsichtigt sind und
- ü Maßnahmen verstärkt werden, falls sich neue Schwachstellen zeigen.

Alle Wartungs- und Supportaktivitäten im IT-Sicherheitsbereich sollten protokolliert werden. Die regelmäßige Auswertung dieser Protokolle kommt besondere Bedeutung für die IT-Sicherheit zu.

6.1.2 Überprüfung von Maßnahmen auf Übereinstimmung mit der IT-Sicherheitspolitik (Security Compliance Checking)

Zielsetzung

Zur Gewährleistung eines angemessenen und gleich bleibenden Sicherheitsniveaus ist die Sorge zu tragen, dass alle Maßnahmen so eingesetzt werden, wie es im IT-Sicherheitsplan und im IT-Sicherheitsplan vorgesehen ist. Dies muss für alle IT-Systeme, -Projekte und Applikationen sowohl während der Planungsphase, als auch im laufenden Betrieb sichergestellt sein.

Dabei ist zu prüfen,

- ü ob die Sicherheitsmaßnahmen vollständig und korrekt umgesetzt werden,
- ü der korrekte Einsatz der implementierten Sicherheitsmaßnahmen gewährleistet ist (Stichproben!) und
- ü die organisatorischen Sicherheitsvorgaben im täglichen Betrieb eingehalten werden.

Weiters sind die getroffenen Maßnahmen regelmäßig auf Übereinstimmung mit gesetzlichen und betrieblichen Vorgaben zu überprüfen.

Die Prüfungen können durch externe oder interne Auditoren durchgeführt werden, soweit möglich auf standardisierten Tests und Checklisten basieren.

Zeitpunkte

Security Compliance Checks sollten zu folgenden Zeitpunkten bzw. bei Eintreten von Ereignissen durchgeführt werden:

- ü für neue IT-Systeme oder relevante neue Anwendungen:
 - nach der Implementierung (vgl. dazu auch Kap. 5.1 und Kap. 5.4)
- ü für bereits in Betrieb befindliche IT-Systeme oder Applikationen:
 - * nach einer bestimmten, in der IT-Systemsicherheitspolitik vorzugebenden Zeitspanne (z.B. jährlich) und
 - * bei signifikanten Änderungen.

6.1.3 Fortlaufende Überwachung der IT-Systeme (Monitoring)

Monitoring ist eine laufende Aktivität mit dem Ziel, zu überprüfen, ob das IT-System, der Benutzer und die Systemumgebung das im IT-Sicherheitsplan festgelegte Sicherheitsniveau einhalten.

beibehalten. Dazu wird ein Plan für eine kontinuierliche Überwachung der IT-Systeme im täglichen Betrieb erstellt.

Wo technisch möglich und sinnvoll, sollte das Monitoring durch die Ermittlung von Kennzahlen unterstützt werden, die eine rasche und einfache Erkennung von Abweichungen von Sollvorgaben ermöglichen. Solche Kennzahlen können beispielsweise die Systemverfügbarkeit, die Zahl der Hacking-Versuche über Internet oder die Wirksamkeit des Passwort-Schutzes betreffen.

Alle Änderungen der potentiellen Bedrohungen, Schwachstellen, zu schützenden Werten und Sicherheitsmaßnahmen können möglicherweise signifikante Auswirkungen auf das Sicherheitsrisiko haben. Aus diesem Grund ist eine fortlaufende Überwachung folgender Bereiche erforderlich:

- * Wert der zu schützenden Objekte:
 - Sowohl die Werte von Objekten als auch, daraus resultierend, die Sicherheitsmaßnahmen an das Gesamtsystem können im Laufe des Lebenszyklus eines IT-Projektes oder durch erheblichen Änderungen unterliegen.
 - Mögliche Gründe dafür sind eine Änderung der IT-Sicherheitsziele, neue Applikationen oder die Verarbeitung von Daten einer höheren Sicherheitsklasse auf existierenden Systemen oder Änderungen in der HW-Ausstattung.
- * Bedrohungen und Schwachstellen:
 - Organisatorisch oder technologisch (hier insbesondere durch neue Technologien in der Außenwelt) bedingt können sowohl die Wahrscheinlichkeit des Eintritts einer Bedrohung als auch die potentielle Schadenshöhe im Laufe der Zeit starken Änderungen unterliegen und sind daher regelmäßig zu evaluieren. Neue potentielle Schwachstellen sind so früh wie möglich zu erkennen und abzusichern.

* Sicherheitsmaßnahmen:

Die Wirksamkeit der implementierten Sicherheitsmaßnahmen ist laufend zu überprüfen und sicherzustellen, dass sie einen angemessenen und den Vorgaben der IT-Sicherheitspolitik entsprechenden Schutz bieten. Änderungen in den Werten der bedrohten Objekte, den Bedrohungen und den Schwachstellen, aber auch durch den Einsatz neuer Technologien, können die Wirksamkeit der Sicherheitsmaßnahmen nachhaltig beeinträchtigen.

Durch ein kontinuierliches Monitoring soll die Leitung der Institution ein klares Bild bekommen, was durch die IT-Sicherheitsmaßnahmen erreicht wurde (Soll-/Ist-Vergleich). Die Ergebnisse den Sicherheitsanforderungen der Institution genügen sowie über die einzelnen spezifischer Aktivitäten zur IT-Sicherheit.

Werden im Rahmen des kontinuierlichen Monitoring signifikante Abweichungen des tatsächlichen Risikos von dem im IT-Sicherheitskonzept festgelegten akzeptablen Restrisiko festgestellt, so sind entsprechende Gegenmaßnahmen zu setzen.

6.2 Change Management

Aufgabe des Change Managements ist es, neue Sicherheitsanforderungen zu erkennen, die aus Änderungen am IT-System ergeben. Sind signifikante Hardware- oder Softwareänderungen in einem IT-System geplant, so sind die Auswirkungen auf die Gesamtsicherheit des Systems zu untersuchen.

Es ist dafür Sorge zu tragen, dass auf alle sicherheitsrelevanten Änderungen reagiert wird. Dazu gehören zum Beispiel:

- ü Änderungen in der Aufgabenstellung oder in der Wichtigkeit der Aufgabe für das System
- ü räumliche Änderungen, z.B. nach einem Umzug,
- ü Änderungen in der Bewertung der eingesetzten IT, der notwendigen Vertraulichkeit, Integrität oder Verfügbarkeit und
- ü Änderungen bei Bedrohungen oder Schwachstellen.

Alle Änderungen und die dazugehörigen Entscheidungsgrundlagen sind schriftlich zu dokumentieren.

Abhängig von der Bedeutung des Systems und dem Grad der Änderung kann eine neue Risikoanalyse erforderlich werden.

6.3 Reaktion auf sicherheitsrelevante Ereignisse (Incident Handling)

Unter sicherheitsrelevanten Ereignissen sind alle Vorkommnisse zu verstehen, die Sicherheitsprobleme aufdecken oder nach sich ziehen. Dazu zählen etwa Einbruchsversuche (Hacking), das Auftreten von Viren oder das Ausspähen von Passwörtern.

Auch bei Vorhandensein wirksamer Sicherheitsmaßnahmen und eines hohen Sicherheitsniveaus ist das Auftreten solcher Ereignisse nicht gänzlich zu verhindern. Jede Institution hat ein vitales Interesse daran, dass auf sicherheitsrelevante Ereignisse so schnell wie möglich reagiert wird. Darüber hinaus können und sollen Informationen über die Vorkommnisse der Vorbeugung künftiger Schadensereignisse dienen.

Daher sind alle Mitarbeiter über ihre Verantwortung bei Eintreten sicherheitsrelevanter Ereignisse zu informieren.

Ereignisse, die vorgesehenen Meldewege und zu setzenden Aktionen zu unterricht

Incident Handling Plan

Zur Sicherstellung einer angemessenen Behandlung von sicherheitsrelevanten Ereignissen ist es empfehlenswert, detaillierte Vorgaben für den Incident Handling Plan (IHP) auszuarbeiten und allen Mitarbeitern bekannt zu machen.

Der IHP legt in schriftlicher Form und verbindlich fest:

- ü wie auf sicherheitsrelevante Ereignisse zu reagieren ist,
- ü Verantwortlichkeiten für die Meldung bzw. Untersuchung sicherheitsrelevanter Ereignisse,
- ü die einzuhaltenden Meldewege,
- ü die Protokollierung und Dokumentation sicherheitsrelevanter Vorfälle sowie
- ü die Ausbildung von Personen, die sicherheitsrelevante Vorfälle behandeln bzw. Gegenmaßnahmen treffen müssen.

Einrichtung von CERTs

Ein CERT (Computer Emergency Response Team) ist eine Gruppe von Personen, die

- ü die Ursachen und Auswirkungen von sicherheitsrelevanten Vorfällen untersucht,
- ü Vorfälle aufzeichnet und auswertet,
- ü Hilfestellung bei der Behandlung von sicherheitsrelevanten Vorfällen gibt.

Ob innerhalb einer Institution ein (oder ev. auch mehrere) CERT(s) eingerichtet werden, hängt von der Größe dieser Institution und der erwarteten Anzahl und Schwere der Vorfälle ab. In kleineren Institutionen wird eine Behandlung und Aufzeichnung sicherheitsrelevanter Vorfälle durch eine in der IT-Sicherheitspolitik zu benennende Person oder eine Gruppe von Personen im Allgemeinen der Datenschutz-/IT-Sicherheitsbeauftragte sein - angemessen sein. In größeren oder besonders sicherheitssensiblen Institutionen ist die Einrichtung von CERTs erforderlich.

Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit, institutionsübergreifende CERTs einzurichten, die es ermöglichen, Daten über sicherheitsrelevante Vorfälle auszutauschen und zu analysieren. Diese breitere Information, etwa über die Häufigkeit des Eintretens von Bedrohungen oder Angriffen, zurückzugreifen. In diesem Fall sollten gemeinsame Protokollierungsformulare, Bewertungsmethoden und Datenbankstrukturen erarbeitet werden, die den Austausch und die Auswertung von Information erleichtern.

IT-Sicherheitshandbuch für die öffentliche Verwaltung
Anhang: Literatur

7 Anhang

7.1 Literatur

- [BS 7799] "Code of practice for information security management", British Standards Institute, 1995 (entspricht ISO DIS 14980)
- [BSI 7105] Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Bonn: "IT-Sicherheitshandbuch", BSI 7105
- [BSI GSHB] Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Bonn: "IT-Grundschutzhandbuch", Bundesanzeiger Verlagsges.mBh, ISSN 0947-093X, erscheint jährlich
- [DIN 66] DIN Fachbericht 66: "Leitfaden für das IT-Sicherheitsmanagement (GMITS) - Teil 1: Konzepte und Modelle für IT-Sicherheit", Deutsche Übersetzung von ISO/IEC TR 13335-1, Beuth Verlag GmbH, ISBN 3-410-14042-5, ISSN 0179-275X
- [ISO/IEC 13335] International Organisation for Standardisation: "Information technology - Security techniques - Guidelines for the management of IT Security", Technical Report, ISO/IEC JTC1 / SC27
Part 1: Concepts and Models for IT Security
Part 2: Managing and Planning IT Security
Part 3: Techniques for the Management of IT Security
Part 4: Selection of Safeguards
Part 5: Safeguards for external Connections
- [ISO 13569] International Organisation for Standardisation: "Banking, securities and other financial services - Information security guidelines", Technical Report, 1996

7.2 Glossar

Akkreditierung (accreditation)	Verfahren, das ein IT-System zum Betrieb in einer speziellen Umgebung freigibt
Applikation (application)	(auch: IT-Applikation, Anwendung, IT-Anwendung) Einsatz eines IT-Systems zur Erfüllung von Aufgaben, die in einem eingegrenzten fachlichen Bereich liegen und durch gemeinsame Merkmale ausgezeichnet sind
Auswirkung (impact)	Folgen eines unerwünschten Vorfalles
Authentizität (authenticity)	Eigenschaft, die sicherstellt, dass die von einem Subjekt oder Ressource behauptete Identität zutrifft. Authentizität betrifft wie Benutzer, Prozesse, Systeme und Informationen.
Authentisierung (authentication)	Nachweis der angegebenen Identität
Bedrohung (threat)	möglicher Anlass für ein unerwünschtes Ereignis, das zu einem Schaden des Systems oder der Organisation führen kann
bedrohtes Objekt (asset)	(auch als "Wert" bezeichnet) alles, was für die Organisation schutzbedürftig ist
CERT	Computer Emergency Response Team; Gruppe von Personen, die die Ursachen und Auswirkungen von sicherheitsrelevanten Vorfällen aufzeichnet und analysiert und Hilfestellung bei ihrer Behandlung gibt.
Entität (entity)	genau abgrenzbares Exemplar von Personen, Systemen, Begriffen
Evaluation (evaluation)	Prüfung und Bewertung eines IT-Systems oder eines IT-Produktes anhand definierter Evaluationskriterien (z.B. ITSEC, Common Criteria)
Grundschutz (baseline security)	Schutzmaßnahmen, die ein angemessenes Sicherheitsniveau für IT-Systeme mit mittlerem Schutzbedarf gewährleisten

Grundschutzanalyse Risikoanalyse für IT-Systeme, die von einer pauschalisierten Grundschutzlage ausgeht; Ergebnis ist eine Liste von umzusetzenden Standardsicherheitsmaßnahmen

Identifikation Bestimmung der Identität eines Subjektes bzw. Objektes

(identification)	
Informationssicherheit (information security)	Sammlung aller funktionaler Aspekte zur Schutz von Information umfasst sowohl elektronisch gespeicherte und verarbeitet Information als auch Information in verbaler oder schriftliche
Integrität (integrity)	Unverfälschtheit und Korrektheit von Daten bzw. Systemen
IT-Sicherheit (IT security)	alle Aspekte in Verbindung mit der Definition, Erreichung und Aufrechterhaltung von Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit, Zurechenbarkeit, Authentizität und Zuverlässigkeit in einem IT System
IT-Sicherheitspolitik (IT security policy)	Grundsätze und Vorgaben, die grundlegende Ziele, Strategien, Verantwortlichkeiten und Methoden für die Gewährleistung der IT-Sicherheit in einer Organisation festlegen
IT-Sicherheitskonzept (IT security concept)	Summe von (geplanten und realisierten) Maßnahmen verschiedener Art, die erst in ihrer Kombination die gewünschte Schutzwirkung ergeben; die Erstellung eines IT-Sicherheitskonzeptes umfasst Festlegung von Maßnahmen, Restrisikoakzeptanz und Erstellung v IT-Systemsicherheitspolitiken und eines Sicherheitsplanes
IT-System (IT system)	Kombination von Hard- und Software mit einem bestimmten Zweck und einer spezifischen Betriebsumgebung
IT-Systemsicherheitspolitik (IT system security policy)	Grundsätze, Regeln und Praktiken, die vorschreiben, in welcher sensitive Informationen und Betriebsmittel innerhalb eines bes IT-Systems behandelt, geschützt und verteilt werden
Objekt (object)	passive Entität, die Informationen enthält oder empfängt
Objekt, bedrohtes	bedrohtes Objekt

Restrisiko (residual risk)	Risiko, das nach der Umsetzung von Schutzmaßnahmen verbleibt
Risiko (risk)	Maß für die Gefährdung, die von einer Bedrohung ausgeht
Risikoanalyse (risk analysis)	Prozess, der die Sicherheitsrisiken identifiziert, ihre Größen bestimmt und die Bereiche identifiziert, die Schutzmaßnahmen erfordern
Risikomanagement (risk management)	Methodisches Vorgehen zur Erkennung, Bewertung, Handhabung und Reduktion von Risiken
Schaden (damage)	Minderung des Wertes eines Objektes bei Eintritt einer Bedrohu

- Schutzbedarf Maß für die möglichen Schäden, die beim IT-Einsatz entstehen können, und für die Notwendigkeit, den Eintritt solcher Schäden zu verhindern
- Schutzbedarfsfeststellung Ermittlung des Schutzbedarfes für ein IT-System; im Fall eines kombinierten Risikoanalyse-Ansatzes werden etwa die Schutzbedarfskategorien "niedrig bis mittel" und "hoch bis sehr hoch" unterteilt (high level risk analysis)
- Schutzmaßnahme Verfahrensweise oder Mechanismus zur Verringerung von Risiken (safeguard)
- Schwachstelle Sicherheitsschwäche eines oder mehrerer Objekte, die durch eine (vulnerability) Bedrohung ausgenutzt werden kann
- Sicherheitsmanagement (security management)